Morgenausgabe

Nr. 291 / A 147 — 47. Jahrgang

Wöchentlich 88 Pf., monatlich 3,50 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

*

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund", Ferner „Unterhaltung und Wissen", „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt" und „Jugend-Vorwärts"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch 25. Juni 1930

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenkasse Lindenstr. 3.

Nächtliche Kabinettsitzung.

Dietrich Finanzminister — Heute Fortsetzung der Kabinettssitzung

Das Reichskabinett trat gestern abend, 8 Uhr, zusammen, um über die Deckungsvorschläge Dietrichs zu beraten.

Die Beratungen des Kabinetts wurden erst nach Mitternacht abgebrochen. Sie sind jedoch nicht abgeschlossen, sondern werden heute abend um 6 Uhr weitergeführt werden. Reichskanzler Brüning will nach dem Ende der Kabinettssitzung heute abend oder Donnerstag morgen nach Neudeck fahren, um dem Reichspräsidenten Bericht zu erstatten und ihm die Ernennung Dietrichs zum Reichsfinanzminister vorzuschlagen.

Demnach hat der jetzige Wirtschaftsminister Dietrich sich endgültig bereit erklärt, das Finanzministerium zu übernehmen.

Der Reichskanzler will am Freitag morgen in Berlin zurück sein. Das Kabinett wird dann seine Entscheidungen bekanntgeben.

Einzelheiten werden deshalb offiziell vor Freitag morgen nicht bekannt werden. Es scheint, daß die Frage des Notopfers in der gestrigen Kabinettssitzung überhaupt noch nicht besprochen worden ist.

Volkspartei beharrt auf ihrem Standpunkt.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt am Dienstagabend eine Sitzung ab, in der die politische Lage, wie sie sich im Laufe des Tages gestaltet hat, erörtert wurde. Die Fraktion beschloß eine formulierte Erklärung, die dem Reichskanzler zu Beginn der Kabinettssitzung übermittelt wurde. Für den Inhalt der Erklärung wurde Vertraulichkeit beschlossen. Es wird jedoch versichert, daß die Fraktion auf ihrem Standpunkt beharrt und daß die sachlichen Gegensätze zwischen Kabinett und Fraktion unverändert fortbestehen.

Verlängerung des Notetats beantragt.

Die Regierungsparteien haben im Reichstage einen Gesetzentwurf zur Verlängerung des Notetats um einen weiteren Monat, also bis zum 31. Juli eingebracht. Die der Regierung für diesen Monat zu erteilende Ausgabeermächtigung wird im allgemeinen auf ein Zwölftel der für 1929 bewilligten bzw. im Haushalt für 1930 vorgesehenen Beträge beschränkt. Lediglich zur Förderung des öffentlichen Luftverkehrs durch die Lufthansa kann die Reichsregierung bis zu einem Sechstel der im Haushalt für 1930 vorgesehenen Mittel ausgeben.

Streichungen am auswärtigen Etat.

Keine Botschaften in Südamerika.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde am Dienstag der restliche Teil des Haushalts des Auswärtigen Amtes erledigt. Dabei wurde die von der Regierung beantragte Schaffung von Botschaften in Buenos Aires, Rio de Janeiro und Santiago abgelehnt.

Ebenso wurde der Posten für eine deutsche Botschaft in Tirana gestrichen und statt dessen nur ein Konsulat bewilligt. Bei den deutschen Auslandsvertretungen wurden an persönlichen Verwaltungsausgaben rund ½ Million Mark gestrichen und bei den Auslandszulagen 2¾ Millionen. Auch bei anderen Posten wurden Streichungen vorgenommen.

Arbeitslosigkeit steigt!

Im Juni 2 700 000 Arbeitsuchende.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung, die in der ersten Hälfte des Mai noch um rund 130 000, in der zweiten um nicht ganz 80 000 abgenommen hatte, ist, wie von der Reichsanstalt mitgeteilt wird, in der ersten Junihälfte nur noch um rund 45 000 geringer geworden. Dem steht nicht nur ein weiterer Zuwachs der Krisenunterstützten um rund 13 000 gegenüber, sondern die Zahl der verfügbaren Arbeitsuchenden hat sich — zum ersten Male wieder seit Anfang März — um etwa 12 000 erhöht!

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug am 15. Juni in der Arbeitslosenversicherung 1 505 804, in der Krisenunterstützung 351 984. Die Summe beider Zahlen liegt mit annähernd 1 858 000 um mehr als 900 000 über der entsprechenden Summe des Vorjahres. Die Ueberlagerung der Unterstützten-ziffer ist mithin gegenüber dem Stand vom 1. Juni (875 000) weiterhin angewachsen. Nach Abzug der noch in gekündigter oder ungekündigter Stellung oder in Notstandsarbeit Befindlichen müssen von den 2 700 000 verfügbaren Arbeitsuchenden, die am 15. Juni bei den Arbeitsämtern eingetragen waren, rund 2 647 000 als arbeitslos gelten. —

Der amtliche Bericht über den Stand der Arbeitslosigkeit ist sehr vorsichtig abgefaßt. Trotzdem wird aus ihm der Ernst der Lage deutlich genug ersichtlich. Die neuen Zahlen zeigen, daß nunmehr von einer nennenswerten Entlastung im Laufe des Sommers keine Rede mehr sein kann.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird immer bösartiger. Mit einer durchschnittlichen Hauptunterstützungsziffer von 1,6 Millionen pro Monat ist jetzt nicht mehr zu rechnen. Es wäre verhängnisvoll, wenn die Regierung sich noch jetzt an eine solche Zahl klammern wollte. Dem Ernst der Situation entsprechend muß sie jetzt den soeben veröffentlichten Richtlinien der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Rechnung tragen.

In einer Woche ist alles geräumt!

General Guilleaumat bestätigt es Briand.

Paris, 24. Juni. (Eigenbericht.)

Der Oberkommandierende der französischen Rheinarmee, General Guilleaumat, hat am Dienstag dem Außenminister in längerer Unterredung über die Durchführung der Räumungsoperationen berichtet. Wie ein amtliches Kommuniqué erklärt, hat der General die formelle Versicherung abgegeben, daß die Räumung restlos und pünktlich zum 30. Juni durchgeführt sein werde.

Die letzte Parade.

Landau, 24. Juni.

Gemäß einem Divisionsbefehl des Generals Mangin findet hier übermorgen noch einmal eine große Parade der noch anwesenden französischen Besatzungstruppen statt. Anschließend werden die Truppen nach Frankreich verladen. General Mangin selbst wird am gleichen Tage dem Bürgermeister von Landau seinen Abschiedsbesuch machen, um alsdann mit seinem Generalstab die Pfalz gleichfalls zu verlassen.

Heute vormittag wurde von den französischen Truppen auf dem Militärfriedhof noch eine Feier veranstaltet, bei der Kränze niedergelegt wurden. Die städtische Festhalle, das Militärlazarett und ein Teil der bis jetzt benutzten Kasernen wurden heute zurückgegeben. Der Generalstab der französischen Armee in Mainz wird, wie auf Erkundigungen bei französischen Stellen mitgeteilt wird, Mainz erst am 30. Juni verlassen.

Gute Fahrt der Atlantik-Flieger

Die Hälfte des Weges zurückgelegt.

London, 24. Juni. (Eigenbericht.)

Die letzten Nachrichten von den Atlantik-Fliegern sagen, daß das Flugzeug mit einer 100-Meilen-Geschwindigkeit fliegt und bei klarem Wetter etwa die Hälfte des Weges zurückgelegt hat.

Spiel mit dem Artikel 48.

Zentrumsdiktatur gegen Volkspartei?

Vor wenigen Wochen noch verkündeten alle Zentrumsblätter, daß das Kabinett Brüning nicht nur den Reichshaushalt für 1930 in Ordnung gebracht, sondern auch den Parlamentarismus gerettet habe. Nicht lange darauf entdeckte Herr Moldenhauer das neue Defizit von 750 Millionen Mark, und jetzt geht schon wieder der Ruf durch das Land, daß das parlamentarische System in Gefahr ist. In Gestalt des demokratischen Herrn Dietrich aus Baden taucht ein neuer Finanzdiktator auf. Er soll seine Vorlagen auf den Tisch des Reichstags schmettern, daß alles kracht. Wagt der Reichstag zu mucken, so wird er in die Ferien geschickt, und es wird mit Artikel 48 regiert. Verlangt dann aber der unglückliche Reichstag, daß diese oder jene Verordnung der Regierung aufgehoben wird, na dann hat er sich eben die Folgen selber zuzuschreiben! Er wird ganz einfach aufgelöst, und der Artikel 48 regiert weiter.

Soll man es für möglich halten, daß erwachsene Menschen, Reichstagsabgeordnete, ja, wie man vertraulich erzählt, sogar aktive deutsche Reichsminister mit solchen Plänen spielen? Daß sie im Kabinett erörtert werden, ohne daß auch nur einer aufsteht, um die Herren an die Verfassung zu erinnern, die sie beschworen haben? Was steht denn im Artikel 48 der Verfassung? Daß der Reichspräsident, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen darf. Aber nirgends steht in der Verfassung, daß eine Regierung, die sich bei der Balancierung ihres Etats verrechnet hat, ihren Rechenfehler mit Hilfe des Belagerungszustandes verbessern darf. Nirgends steht in der Verfassung, daß die Unfähigkeit, parlamentarisch zu regieren, einer Regierung das Recht verleiht, die Diktatur auszuüben. Dafür steht in der Verfassung etwas ganz anderes. Es steht darin, daß Maßnahmen, die auf Grund des Artikels 48 getroffen sind, auf Verlangen des Reichstags außer Kraft gesetzt werden müssen. Keine Bestimmung der Verfassung gestattet, Verordnungen, deren Aufhebung der Reichstag verlangt hat, weiterbestehen zu lassen, und den Reichstag zur Strafe für sein Verlangen aufzulösen. Mit solchen Gedanken spielen, heißt mit dem Staatsstreich spielen.

Von wem soll die Diktatur ausgeübt werden und gegen wen? Wie sich die Dinge in den letzten Tagen entwickelt haben, erscheint als Subjekt der angekündigten Diktatur das Zentrum und als Objekt — — die Deutsche Volkspartei. Vor knapp drei Monaten waren Zentrum und Volkspartei einig, die Sozialdmokratie auszuschalten und mit Schiele-Treviranus ihr Glück zu versuchen. Und jetzt? Jetzt drohen aus dem Froschmäusekrieg, der innerhalb einer regierenden Minderheit ausgebrochen ist, staatsrechtliche Verwicklungen! Jetzt will das regierende Zentrum den Artikel 48 in Bewegung setzen, um den Widerstand der Volkspartei zu brechen. Wäre es nicht vielleicht doch einfacher gewesen, wenn sich das Zentrum im März mit der Sozialdemokratie geeinigt und mit ihr zusammen die Ueberwindung aller Schwierigkeiten auf parlamentarischem Wege versucht hätte? Aber Diktatur! Auch eine Diktatur muß, rein machtpolitisch gesehen, sich auf eine gewisse Vertrauensbasis im Volke, auf eine ergebene und aktive Minderheit stützen können. Mit dem katholischen Klerus allein ist das nicht zu schaffen.

Die Regierung Brüning kann, wenn sie vor dem Reichstag scheitert, zweierlei tun. Sie kann zurücktreten oder sie kann mit Ermächtigung des Reichspräsidenten den Reichstag auflösen. Nun ist es richtig, daß weder ihr Rücktritt, noch die Auflösung Geld in die Kassen bringt. Aber ebenso richtig bleibt, daß die Wege, Geld in die Kassen zu bringen, von der Verfassung vorgeschrieben sind, und daß das Verlassen dieser Wege für die Reichsfinanzen wie für die Wirtschaft nur neue Gefahr bedeutet.

Wir verkennen den Ernst der Lage keineswegs, meinen aber, daß ihm mit Ruhe besser beizukommen ist, als mit Nervosität. Seit Wochen und Monaten wird von gewisser Seite mit allen Mitteln einer zweckbewußten Panikmache gearbeitet. Wenn man heute sich rühmt, den Etat in Ordnung gebracht zu haben und morgen unter fürchterlichem Angstgeschrei ein neues Riesendefizit entdeckt, so ist das weder die richtige Methode, „die Wirtschaft anzukurbeln", noch ein geeigneter Weg, die Reichsfinanzen zu sanieren. Die Reichsfinanzen sind nicht so verwahrlost, die Wirtschaftskraft ist nicht so erschöpft, daß zu kopfloser Verzweiflung Anlaß bestünde. Auch ein Fehlbetrag am Ende des Rechnungs-

jahres 1930 würde die Deutsche Republik noch nicht zum Einsturz bringen. Wenn man aber so tut, als wäre jeder Ausweg versperrt und nur noch eine Desperadopolitik möglich, so schafft man damit eine Beunruhigung, die der deutschen Wirtschaft Milliarden und damit auch der deutschen Reichskasse Hunderte von Millionen kostet.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat Richtlinien veröffentlicht, mit deren Hilfe man gewiß keine Wunder tun kann, deren Ausführung aber genügen würde, um die Finanzschwierigkeiten für die nächste Zeit zu beseitigen und die Lage der Wirtschaft zu bessern. Hätten wir eine Regierung, die bereit wäre, diese Richtlinien anzuwenden und, wenn es nottut, für sie in einen Wahlkampf zu gehen, so wäre den deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft besser gedient, als mit unreifen Diktaturideen.

Gesamtkosten der Rheinlandbesetzung.

Mehr als 6½ Milliarden Mark.

Auf Grund einer amtlichen Zusammenstellung ergibt sich, daß die Kosten der Rheinlandbesetzung vom Inkrafttreten des Waffenstillstandes bis zum 30. Juni 1930 sich auf rund 6,6 Milliarden Mark belaufen. In diese Summe sind nicht eingerechnet die persönlichen und sachlichen Aufwendungen des Reiches für die durch die Besatzung bedingten Reichsbehörden und sonstige Zuwendungen des Reiches für das besetzte Gebiet, wie sie in den Haushaltplänen des laufenden und der vergangenen Jahre für kulturelle Fürsorge, Saargänger-Unterstützungen, Westprogramm usw. vorgesehen sind.

Im einzelnen sind der Reichsregierung folgende Ausgaben erwachsen: In der Zeit vom Beginn des Waffenstillstandes bis zum Inkrafttreten des Dawes-Plans haben nach den amtlichen Mitteilungen der Reparationskommission die sogenannten inneren Kosten für die Besatzungsarmeen und für die Interalliierten Kommissionen eine Gesamtaufwendung von 3,74 Milliarden Mark verursacht. In der gleichen Zeit mußte das Reich für sogenannte innere Besatzungskosten die Summe von 1,71 Milliarden Mark aufwenden, so daß sich für den genannten Zeitraum die Gesamtkosten für die Besatzung auf rund 5,46 Milliarden Mark belaufen.

Während der Geltungsdauer des Dawes-Plans wurden die äußeren Besatzungskosten nach den Berichten des Generalagenten für Reparationszahlungen in Höhe von insgesamt rund 782 Millionen Mark aus den Jahresleistungen bestritten. In der gleichen Zeit belaufen sich die Aufwendungen des Reiches für innere Besatzungskosten auf rund 281 Millionen Mark, so daß sich für diese Zeitperiode ein Gesamtbetrag von 1,06 Milliarden Mark ergibt.

In der Zeit seit dem 1. September 1929 bis zur Räumung am 30. Juni 1930 war zur Deckung der äußeren Besatzungskosten der Betrag von 30 Millionen Mark vom Reiche aufzubringen. Die inneren Besatzungskosten werden sich bis zum Ende der Räumung auf insgesamt 80 bis 85 Millionen Mark belaufen, so daß für diese Zeitperiode ein Betrag von 110 bis 115 Millionen Mark anzusetzen ist.

Nach dieser Zusammenstellung belaufen sich die Gesamtausgaben für die Besatzungskosten auf 6,646 Milliarden Mark.

Die Handlanger der Hakenkreuzler.

Unentwegte Marxistentöter in Sachsen.

Dresden, 24. Juni.

Die deutschnationale und die Landvolk-Fraktion des neuen Landtages haben an alle Fraktionen mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Kommunisten ein Schreiben gerichtet, in dem sie erklären, bei der letzten Landtagswahl habe das sächsische Volk den Willen nach einer „marxistenfreien" Regierung klar bekundet. Die Fraktionen wurden für nächsten Sonnabend zu einer Besprechung über die Regierungsbildung eingeladen. Eine marxistenfreie Regierung sei nach dem Wahlergebnis bei allgemein gutem Willen durchaus möglich.

*

Es scheint, daß die beiden Fraktionen immer noch nicht genug Prügel erhalten haben!

Ein Koalitionsangebot Hitlers.

München, 24. Juni. (Eigenbericht.)

In der Mittwochausgabe des „Völkischen Beobachter" macht Hitler den bürgerlichen Parteien in Sachsen ein Bündnisangebot, um gemeinsam gegen den Marxismus zu regieren.

In den aufgestellten Richtlinien für eine Zusammenarbeit gegen die Sozialdemokratie sind folgende Forderungen enthalten: Finanzielle Sanierung durch Sparsamkeit in der Verwaltung. Schärfste Einschränkung aller Spitzengehälter. Abwehr der Ueberflutung des Binnenmarktes mit fremden Produkten. Schutz der Länder vor den unitaren Zerstörungsabsichten und Sicherung der Grundlage einer christlich-deutschen Kultur. Unter diesen Voraussetzungen würden sich, so erklärt Hitler weiter, die Nationalsozialisten nirgends der Forderung nach Verantwortung entziehen.

Wenn die bürgerlichen Parteien die Freundschaft mit den Nationalsozialisten dagegen ausschlagen sollten, „dann würden wir ihnen beweisen, daß ihr vergängliches Regiment von noch kürzerer Herrlichkeit sein wird als das letzte". Außer dieser Drohung ist der wiederholte Hinweis bemerkenswert, daß der Kampf der Nationalsozialistischen Patei um die politische Macht zwar mit allen legalen Mitteln durchgeführt werden soll, daß aber ebenso alle anderen Möglichkeiten wahrgenommen werden müßten.

Das Recht der weltlichen Schulen.

Der Staatsgerichtshof weist die deutschnationalen Anträge ab

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat die Anträge der deutschnationalen Landtagsfraktion, die Errichtung von Sammelschulen für am Religionsunterricht nicht teilnehmende Kinder und die Anstellung von Dissidenten an öffentlichen Volksschulen für verfassungswidrig zu erklären, zurückgewiesen, weil der Staatsgerichtshof für einen Teil der Anträge nicht zuständig, im übrigen die deutschnationale Landtagsfraktion nicht aktiv legitimiert sei.

Kommunistenpartei in Dänemark aufgelöst. Das Präsidium des Vollzugsrates der Kommunistischen Internationale hat eine große Gruppe dänischer Kommunisten wegen Ueberganges zur Sozialdemokratischen Partei aus der Kommunistischen Internationale ausgeschlossen. Ferner hat die Komintern die Auflösung der dänischen Kommunistischen Partei beschlossen.

Zölle · Preise · Landwirtschaftskredit

Zweiter Tag der Agrardebatte. — Einfache Mehrheit für Feme-Amnestie.

In der gestrigen Reichstagssitzung wurde die Beratung des Landwirtschaftsetats fortgesetzt.

Abg. Rönneburg (Dem.) kritisiert eingehend die Kreditgewährung in Ostpreußen mit ihrer großen Verschiedenheit der Beleihungsgrenze; diese sollte nicht über 60 Prozent gesteigert werden. Abg. Hergt verlangt, daß Preußen zwar weiter wie bisher zahlen, aber nicht mitbestimmen soll. Davon kann gar keine Rede sein.

Der größte Teil der gefährdeten Hypotheken entfällt auf größere und Großbetriebe, wobei mit dem Verlust von 85 Prozent dieser Hypotheken zu rechnen ist.

Von den umgeschuldeten Betrieben ist noch keiner zur Zwangsversteigerung gekommen. Die Preußenkasse ist jeder Diskontherabsetzung gefolgt — nicht aber die Rentenbank. 75 Millionen hat die Herrn Hergt sympathische Kreditgewährung den Steuerzahlern gekostet. Herr Hergt hat dunkle Verdächtigungen vorgebracht. Wir fordern Beweise für die angebliche Parteilichkeit der Ostpreußenhilfe. Im Gegensatz zu Hergt und Gayl fordern wir, daß die Interessenten von der Kreditgewährung ausgeschaltet werden. (Lebhafte Zustimmung links.) Durch die neue Anliegersiedlung sind in zehn Monaten über 1200 Kleinbauern und Landarbeiter mit 26 000 Morgen angesiedelt worden — gegen vorher in neun Jahren nur 2300 Morgen! (Lebh. Hört! Hört! links.)

Ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen Minister Schiele wird zur Erheiterung des Hauses mitgeteilt.

Abg. Graf zu Eulenburg (Dnat.): Bei einer unsinnigen Finanzpolitik kann die vernünftigste Agrarpolitik die Landwirtschaft nicht aus dem Untergang der Gesamtwirtschaft herausreißen.

Der Regierung Brüning, der nachgerühmt wurde, daß sie in zwei Wochen die Finanzen geordnet habe, würde man jetzt zu viel Lob spenden, wenn man sagen würde, sie hätte die Finanzen für zwei Wochen geordnet.

Der Abmarsch einer Gruppe der Rechten zur Mitte, zuerst mit der Tat Yorcks bei Tauroggen verglichen, war eine unverantwortliche Schwächung der Landwirtschaft. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind anstatt zu steigen ständig gefallen. (Minister Schiele: „Sprechen Sie doch endlich zur Sache!" — Erregte Zurufe der Deutschnationalen: „Gehört das vielleicht nicht zur Sache?") Die Roggenvaloristerungsmaßnahmen, erschwert durch die schlechte Erbschaft, die Minister Schiele antreten mußte, müssen so beschleunigt werden, daß sie noch vor der Ernte zum vollen Erfolg führen. Das Hindenburgwort, dem Landvolk solle geholfen werden, droht verfälscht zu werden. Der von unserem Parteivorsitzenden vorher gesehene Zusammenbruch der „Realpolitik" der Mitte ist eingetreten. (Beifall bei den Deutschnationalen — Ironische Zurufe links und in der Mitte.)

Minister Schiele:

Die Durchführung des Ostprogramms wird verfassungsmäßig durch die Regierung verantwortet. Die Ausführungen des Abg. Schmidt-Köpenick und die sozialdemokratischen Anträge lassen die Erkenntnis von der Bedeutung der Veredelungswirtschaft vermissen, insbesondere der Streichungsantrag für den Titel zur Erleichterung des Schlachtviehexportes. Hat nicht die Sozialdemokratie in der Regierung ständig die Forcierung der Veredelungswirtschaft gefordert? Wie will man der Ueberlastung des Schlachtviehmarktes durch die Einfuhrkontingente aus dem polnischen Handelsvertrage sonst begegnen? Ich hoffe auf Zurückziehung dieses sozialdemokratischen Antrages. Da, wo handelsvertragliche Bindungen den Absatz erschweren, muß der Absatz durch Reichsunterstützung erleichtert werden.

Wir müssen los von der Vorstellung, daß der ostdeutsche Roggen nur durch Export abgesetzt werden könnte.

Es war von vornherein falsch, zu glauben, daß ich in allzu kurzer Zeit Entscheidendes erreichen könnte. Vorschußlorbeeren habe ich nicht entgegengenommen, und für meine Person auch nie gesehen. Die einzige Hoffnung der deutschen Landwirtschaft liegt in nüchterner Realpolitik, und man soll diese Hoffnung nicht durch eine Politik: „Haut den Lukas" wieder zunichte machen. (Heiterkeit.) Ich bitte den Grafen zu Eulenburg um Nennung der beschleunigten Maßnahmen, die ich versäumt haben soll.

Der Antrag der Sozialdemokraten, den Weizenvermahlungszwang aufzuheben, ist unverständlich. Die frühere Regierung war sich doch darüber einig, daß der Import von Auslandsweizen herabgedrückt werden sollte. (Zuruf des Abg. Schmidt-Köpenick [Soz.]: Die Maßnahme war nur vorübergehend gedacht.) Der Wert von vorübergehenden Maßnahmen besteht oft darin, daß sie sich als dauernd notwendig erweisen. Zur Gefrierfleischfrage, die wahrscheinlich Frau Abg. Wurm (Soz.) nachher besprechen wird, will ich im voraus sagen, daß

endlich der Ueberfluß an deutschem Fleisch vom Markt verschwinden muß.

(Zuruf von den Soz.: Dann senken Sie nur erst die Preise!) Die Preise liegen heute unter dem Niveau von 1913. (Widerspruch der Soz.)

Abg. Herbert-Franken (Bayer. Vp.) tritt für die Wein- und Ostbauern sowie die Kleinbrenner und Hausbrenner seiner Heimat ein.

Abg. Kerschbaum (D. Vp.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu den Regierungsvorlagen und fordert, daß dem ungeheuer verteuernden Zwischenhandel entgegengetreten werden muß.

Es folgen die

Abstimmungen zu den bereits in der vorigen Woche erledigten Haushaltsplänen,

zunächst des Reichsinnenministeriums. Hierzu werden Entschließungen des Ausschusses angenommen, u. a. auf Maßnahmen gegen die Herabsetzung und Verächtlichmachung der Weltanschauungen. Hierzu wird in namentlicher Abstimmung mit 237 gegen 177 Stimmen bei einer Enthaltung eine Entschließung Dr. Schreiber (Z.) angenommen, die statt „der Weltanschauungen" sagt: „des Religiösen". Angenommen wird auch eine Entschließung Mumm (Chr.-Nat.), Drewitz (Wirtschp.) auf Verbot des Alkoholzusatzes zu Weinen. Abgelehnt wird die Ausschußentschließung auf rechtliche Gleichstellung der Feuerbestattung mit der Erdbestattung; dafür stimmt die Linke. Auch die einheitliche Regelung des Taubstummenwesens in den Ländern wird abgelehnt, ebenso deutschnationale Anträge gegen das Stahlhelmverbot im Westen und gegen die Bestimmungen über das Verbot von Wehrverbänden.

Der Haushalt des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete sowie der des Reichswirtschaftsministeriums werden angenommen.

Die Ausschußvorlage auf Amnestierung der Fememörder wird in namentlicher Abstimmung mit 231 Stimmen der Regierungsparteien, der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten gegen 182 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten angenommen, aber noch nicht endgültig und nicht mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit.

Die dritte Lesung steht nicht auf der Tagesordnung. Von der äußersten Rechten wird sie verlangt. — Vizepräsident Esser: Der Reichsjustizminister hat besonders darum gebeten, die dritte Lesung nicht schon heute vorzunehmen. (Rufe rechts: Wo ist er denn? Er soll herkommen!) Da ein Antrag, die dritte Lesung heute vorzunehmen, nicht vorliegt, erfolgt sie auch nicht.

Darauf wird die Beratung des Landwirtschaftsetats fortgesetzt, nachdem noch vorher der Einspruch einiger Hakenkreuzler gegen ihre jüngst erfolgte Ausweisung aus der Sitzung abgelehnt worden war.

Abg. Bergmann (Soz.)

fordert Klarheit über die Weiterzulassung von ausländischem Gefrierfleisch oder sonst über das Versprechen des Ministers, Inlandsfleisch zu erschwinglichem Preis zu beschaffen. Die Gefrierfleischeinfuhr soll Ende September aufhören, der Reichstag ist dann noch nicht wieder versammelt, die arbeitenden Massen verlangen die Sicherheit, erschwingliches Fleisch kaufen zu können. Im Ausschuß hat der Minister seine Absicht erklärt, das Einfuhrscheinwesen zu bremsen. In den letzten Wochen ist so viel Schweinefleisch und Schinken besonders nach Frankreich ausgeführt worden und so ist

deutscher Schinken in Paris um 22½ Pf. billiger als bei uns.

Das erreicht man mit den Einfuhrscheinen. Eine sonderbare Unterstützung der Landwirtschaft, bei der diese 22½ Pfennige in den Taschen des Handels verschwinden. In der gleichen Zeit ist die Schweinezufuhr auf die deutschen Märkte erheblich gesunken. Nicht mit Einfuhrscheinen, sondern nur durch Hebung der Kaufkraft ist der Landwirtschaft zu helfen. Dieselben Parteien aber, die hier über die Not der Landwirtschaft jammern, treten für den Lohnabbau ein. Nur Lohnerhöhung kann die Kaufkraft der Massen steigern. (Sehr wahr! links.)

Der Minister hat die Absicht geäußert, einen Zwang zur Verarbeitung deutscher Fette in der Margarinefabrikation einzuführen. Es wird bestimmt nicht leicht sein, besonders bei einer solchen Sommerhitze, das durchzuführen. Selbst eine Reichsmargarinefabrik würde mit dem geschützten deutschen Fett nur ein Produkt erzeugen, für das Abnehmer kaum zu finden wären. Zwang kann eben in diesen Dingen nichts ausrichten.

Der Minister hat uns aufgefordert, unseren Antrag auf Streichung des Reichszuschusses für die Schlachtviehmärkte zurückzuziehen. Das tun wir keineswegs. In diesem Jahr sollen 6 Millionen, im nächsten 8 und im übernächsten 10 Millionen dafür ausgegeben werden. Die Förderung vollzieht sich auf die Weise, daß die damit beauftragten landwirtschaftlichen Organisationen jene Viehgattungen und Waren kaufen, nach denen Nachfrage besteht, die also ohnehin ihren Preis halten. Die anderen Waren aber werden nicht aufgekauft, und da wird keine Stützungsaktion betrieben. Sie (nach rechts) haben zahlreiche Bauernstimmen durch das Versprechen gewonnen, daß eine Regierung der „Frontkämpfer" einen hohen Schweinepreis bedeute. Nun verlangt die Bauernschaft, daß Sie

die Schweinepreise hochhalten, wenn Sie schon nichts anderes halten.

(Heiterkeit links.). Heute sind wieder zwei agrarische Interpellationen mit allen nur denkbaren Forderungen eingebracht worden. Ich vermisse darin nur das Verlangen nach einem Verbot des Wachsens von Roggen, Weizen, Hafer, Gerste und allen anderen Bodenprodukten, um so die Preise hochzuhalten! (Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Hemeter (Dnat.) behandelt noch einmal ausführlich die niedrige Rentabilität und die hohe Zinsen- und Steuerlast der Landwirtschaft.

Abg. Warnke (S.): Im Gegensatz zum Abgeordneten Hergt halte ich es für

unmoralisch, Ausgaben für den Osten ohne Deckung zu beschließen.

Die konfessionelle Parität ist bei der Siedleransetzung nicht gesichert. In Gemeinden, die durch die Grenzziehung zerschnitten sind, müssen aus kulturpolitischen Gründen neue Kirchen gebaut werden. Der polnische Korridor muß einmal in der Zukunft mit friedlichen Mitteln beseitigt werden.

Abg. Hillebrandt-Schlesien (D. Vp.): Der deutsche Bauer steht treu zur neuen Staatsform, aber nur so lange er in diesem Staat leben kann. Die Sachverständigen um Hugenberg haben nicht das Vertrauen der Bauernschaft, denn

sie wollen auf dem Rücken der landarmen Bauern die Magnatenherrschaft mit den Geldmitteln des Ostprogramms wieder aufrichten.

Wir fordern Wiedergutmachung des Landraubs der fälschlich sogenannten Bauernbefreiung und des Bauernlegens vor 100 bis 150 Jahren. Wir vermissen eine Antwort des Ministers auf die Anklagen des Staatskommissars Abg. Rönneburg gegen die Bevorzugung des Großgrundbesitzes durch die Ostpreußenhilfe. Wir wenden uns gegen die Art und Weise, wie der Landbund durch Versendung von Kreditbedarfsfragebogen ein Wettrennen um die Staatsunterstützung organisiert.

Abg. Mathilde Wurm (Soz.):

Der Minister behauptet, die sozialdemokratischen Anträge vernachlässigen die Veredelungswirtschaft. Wir haben gerade im Interesse dieser Veredelungswirtschaft immer wieder die Zollherabsetzung für Futtermittel verlangt. In der kapitalistischen Wirtschaft ist es unmöglich, wie der Minister vorgibt, jedem Berufsstand zu helfen. Entweder fördert man die Milchwirtschaft oder die Fleischwirtschaft, beides zugleich ist unmöglich. Das sehr wichtige Milchgesetz ist so spät eingebracht worden, daß man es jetzt durchpeitschen will. Das Gesetz, das wir immer wieder gefordert haben, ist von den Länderregierungen jahrelang verschleppt worden; wir beantragen Zurückstellung bis nach den Sommerferien.

Der Minister hat nicht mitgeteilt, was aus seiner Käseaktion geworden ist. Der bayerische Minister Fehr hat im Münchener Landtag heftige Kritik an diesen Käseplänen geübt und die wichtige Rolle der GEG. bei der Sicherung eines geregelten Absatzes der Allgäuer Milchprodukte anerkannt.

Die von uns beantragte Aufhebung des Vermahlungszwanges für Inlandsweizen kann nicht mit dem Hinweis auf zu niedrige Weizenpreise abgetan werden. Die ungeheuer hohen Zölle verhindern jede Auswirkung des niedrigen Weltweizenpreises. Eine Stabilisierung der Preise kann im Kapitalismus nur durch ein Monopol gesichert werden. Auch hierzu hat sich der bayerische Minister Fehr kürzlich bekannt, leider reichlich spät. Der Weizenpreis in Deutschland steht eineinhalb- bis zweimal höher als auf dem Weltmarkt. Die Mühlen können den Preis von 320 bis 330 Mark pro Tonne nicht bezahlen und müssen zum großen Teil stillegen. Ein Mitglied des Landbundes hat gesagt, damit müsse man sich eben abfinden.

So sieht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Brüning-Regierung, der der Präsident des Landbundes angehört, aus!

Wir halten es für besser, daß die Mühlen überhaupt Weizen vermahlen, wenn auch Auslandsweizen, anstatt stillzuliegen. Die hier beklagte Senkung des Getreidepreises hat bis jetzt noch nie außer bei den Konsumgenossenschaften eine Senkung des Brotpreises bewirkt. (Abg. Drewitz [Wirtsch.-P.]: Das ist nicht wahr!) Herr Drewitz, wenn Sie die Preistabellen für das Berliner Brot ansehen, so werden Sie erkennen, daß Sie die Unwahrheit sprechen. Sie wollen nur unehrliche Hetze gegen die Konsumvereine betreiben. Das wird den Konsumvereinen aber nur zu einem neuen Aufstieg verhelfen. Der Zweck des Vermahlungszwanges, der Landwirtschaft zu helfen, wird völlig entstellt, wenn allein der Handel noch Weizen in der Hand hat. Wenn noch Weizen in erster Hand vorhanden sein sollte — und das wurde hier bestritten —, so leiden diese Land-

würde, die aus Spekulationsgründen den Weizen bis Juni zurückhalten können, bestimmt keine Not. (Sehr wahr! links.) Der Minister hat bedauert, daß das Roggenbrotgesetz noch nicht geschaffen werden konnte. Wir haben uns im Ausschuß bereit erklärt, das Gesetz mit Ihnen zu machen, aber Ihre deutschnationalen Freunde haben dort gegen das Gesetz gestimmt.

Im Ausschuß haben sich diese Bauernfreunde enthüllt, die wegen ihrer Bundesgenossen, der Bäckermeister Bienert und Drewitz, denen die Einführung des gesetzlichen Brotgewichts nicht paßte, das ganze Gesetz ablehnten.

Wir Sozialdemokraten haben gezeigt, daß wir den Bauern helfen wollen. Allein in der Brotverbilligung sehen wir den wesentlichen Anreiz zum erhöhten Roggenbratverbrauch. Die Zahlen des Ministers, die er als Unterlage für die niedrigen Agrarpreise gebrauchte, sind sehr sorgsam ausgewählt. Die Mehlpreise sind zwar in letzter Zeit ein wenig gesunken, doch die Kartoffelpreise, die für die Arbeiterschaft noch weit wichtiger sind, haben diesen Rückgang vielfach kompensiert. Der Minister hat ein platonisches Bekenntnis zur Verminderung der Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen abgelegt, wirkliche Maßnahmen hat er nicht vorgeschlagen. (Beifall der Sozialdemokraten.)

Um ¾19 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf heute 10 Uhr.

Zusammentritt des Landtags.

Heute Kampfabstimmung über den Etat.

Der Preußische Landtag trat am Dienstag wieder zusammen. Von der sehr umfangreichen Tagesordnung wurde der größte Teil ohne Aussprache erledigt.

Eine Debatte verursachte die erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. den Staatsvertrag über eine Gemeinschaftsarbeit zwischen Bremen und Preußen, der kürzlich durch den Ministerpräsidenten Dr. Braun unterzeichnet wurde, und der nach den Bestimmungen der Verfassung noch der Genehmigung des Landtages bedarf. Es handelt sich hierbei um einen ähnlichen Vertrag, wie er seinerzeit zwischen Preußen und Hamburg abgeschlossen wurde. Um das Neben- und Gegeneinanderarbeiten der preußischen und der Bremer Häfen zu verhindern, ist eine Hafenbetriebsgemeinschaft zwischen Bremen und Preußen gegründet worden. Die Vorlage ging an den Hauptausschuß, nachdem für die sozialdemokratische Fraktion Abg. Leinert die Zustimmung ausgesprochen hatte.

Zum Schluß entfesselte die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Regierungsparteien über die Erhöhung des Schulgeldes an den höheren Schulen noch eine längere Aussprache, an der sich aber nur die Redner der Oppositionsparteien beteiligten. Der vierte Teil der Erhöhung soll der Begabtenförderung zur Verfügung gestellt werden. Außerdem aber soll der Staat nach einem Entschließungsantrag der Regierungsparteien aus dem Mehraufkommen noch einmal den dritten Teil, rund eine Million, für Erziehungsbeihilfen, zur Unterstützung von Arbeiterkursen, Stipendien usw. zur Verfügung stellen. Die Mittelschulen sollen in die Erhöhung nicht mit einbezogen werden, und die sogenannte Geschwisterermäßigung soll sich künftig nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Erziehungsberechtigten richten. — In dieser Form wurde der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen.

Am Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, werden die Abstimmungen über den Gesamtetat für 1930 in dritter Lesung wiederholt. Die Verabschiedung des Etats ist vor 14 Tagen, wie bekannt, durch die vereinigte Opposition von rechts und links sabotiert worden. Es ist also eine Kampfabstimmung zu erwarten, zu der alle Fraktionen alle Mitglieder mobilisiert haben. Außerdem wird über die Notverordnung des ständigen Ausschusses betr. die Erhöhung der Grundvermögensteuer abgestimmt.

Die Krise in Bayern.

Verhandlungen der Regierungsparteien endgültig gescheitert.

München, 24. Juni. (Eigenbericht.)

Die monatelangen Verhandlungen der drei Regierungsparteien über die Deckung des 22-Millionen-Defizits im bayerischen Staatshaushalt sind nunmehr endgültig gescheitert, da der Bauernbund sich weigert, die im Deckungsprogramm des Finanzministers enthaltene Schlachtsteuer mitzumachen. Da der Bauernbund jedes Entgegenkommen ablehnte und auch für jede andere Steuer, die seine ländlichen Wähler irgendwie mitbelasten könnte, seine Mitwirkung rundweg versagte, beschloß der Ministerrat am Dienstag, die Entscheidung über das ursprüngliche Deckungsprogramm des Finanzministers in offener Schlacht im Landtag zu suchen. Zu diesem Zweck geht die Vorlage über die Schlachtsteuer, die dem Staat eine Einnahme von rund 15 Millionen bringen soll, sofort dem Landtag zu.

Wie die Entscheidung ausfallen wird, ist völlig ungewiß. Ohne den Bauernbund hat die Regierung ihre bisherige Mehrheit im Parlament verloren, und wenn sie auch mit dem Zuzug der vier Abgeordneten der Deutschen Volkspartei rechnen kann, so hat es die Opposition jederzeit in der Hand, bei der Abstimmung über die Gesetzesvorlage durch Verlassen des Sitzungssaales das Haus beschlußunfähig zu machen. Kommt es tatsächlich zur Niederlage der Regierung, so steht in Aussicht, daß die Regierung nicht etwa die Konsequenzen zieht und zurücktritt, sondern der ihr von der Volksvertretung verweigerten Schlachtsteuer mit Hilfe des § 64 der bayerischen Verfassung, der dem Artikel 48 der Reichsverfassung entspricht, Gesetzeskraft gibt. Da die neue Steuer bereits ab 1. Juli wirksam werden soll, stehen im Bayerischen Landtag schon für die allernächste Zeit schwere Auseinandersetzungen bevor.

Ufa-Skandal in Stettin.

Eine peinliche Empfehlung.

Stettin, 24. Juni. (Eigenbericht.)

Hugenbergs Ufa hat Stettin mit einem Skandal beschert, der hinter den Großstadtskandalen der letzten Zeit nicht zurücksteht.

Die Ufa baute in Stettin ein riesiges Haus mit Lichtspieltheater, Café und Restaurant. Zum Bewirtschafter des Cafés und des Restaurants erschien auf Empfehlung der Ufa ein unbekannter Pächter, der sich Otmar nannte. Dieser Tage wurde von der Polizei festgestellt, daß sich hinter diesem Otmar ein Herr Kulicke aus Berlin versteckt, der von mehreren Polizeibehörden wegen Betruges gesucht wird. Kulicke ließ alle Räume des Palastes auf das luxuriöseste und modernste ausstatten, und zwar auf Kosten anderer Leute. Am Montag wurde der Kriminalpolizei mitgeteilt, daß Kulicke mit seiner Frau und seiner Kontoristin spurlos verschwunden sei. Vorläufig konnte nur festgestellt werden, daß er sich nach Holland gewandt hat. Die Firma, die die Ausstattung des Cafés besorgte, hat an den Pächter allein eine ungedeckte Forderung von über 35 000 Mark. Die Gesamtschulden dürften 100 000 Mark übersteigen.

Als die Flucht am Dienstag früh in Stettin bekannt wurde, kam es vor dem Ufa-Palast zu erregten Auftritten der Gläubiger, in der Hauptsache kleiner Geschäftsleute, die zeitweise Miene machten, die riesigen Glastüren des Lichtspielhauses und des Restaurants einzuwerfen. Café und Restaurant sind seit Dienstag geschlossen. Auch die Caféhauskapelle ist für die letzte Zeit um ihren Lohn betrogen worden. Das letzte Opfer war ein Chauffeur, den der Pächter am Tage vor seiner Flucht engagierte und ihm bei dieser Gelegenheit eine Kaution von 2000 Mark abnahm.

Volkspartei macht sich mausig.

„Sie haben wohl noch nicht genug an Ihrer sächsischen Keile?"

Das Versteckspiel mit den Milliarden.

Parlamentarische Untersuchung soll im Interesse der Geheimrüstungen vermieden werden.

Paris, 24. Juni. (Eigenbericht.)

Die Finanzkommission der Kammer hat am Dienstag in zwei Sitzungen ihre Beratungen über die Finanzierung des Milliardenprojektes zur Ankurbelung der französischen Wirtschaft und über die Bilanz des Schatzamtes fortgesetzt.

Finanzminister Reynaud, der nach heftigem Widerstreben der Kommission nacheinander drei verschiedene Kontoaufstellungen über Soll und Haben des Schatzamtes lieferte, hat am Dienstag noch ein übriges getan und der überraschten Kommission

eine vierte Milchmädchenrechnung

überreicht, deren Addition abermals ein von den früheren Ziffern abweichendes Ergebnis aufweist. Daß ein derartiges Jonglieren mit Milliarden das erschütterte Vertrauen in die Regierung nicht wiederherstellen konnte, versteht sich von selbst, zumal der Berichterstatter der Kommission, de Chappedelaine, mühelos nachweisen konnte, daß

auch die neuen amtlichen Ziffern nicht stimmen.

Zu alledem kommt noch hinzu, daß die Guthaben des Schatzamtes inzwischen so zusammengeschrumpft sind, daß die Regierung zum erstenmal seit der Stabilisierung des Franken sich genötigt sehen wird, bei der Bank von Frankreich den statutenmäßigen Schatzwechselkredit von 3,2 Milliarden Franken für das Ankurbelungsprojekt tatsächlich flüssig machen zu können. Die Erbschaft der Poincaré und Chéron, die einst die stolze Ziffer von 19 Milliarden Franken aufwies, ist also aufs schlimmste verwirtschaftet worden. Um aber die offene Bloßstellung dieser Mißwirtschaft zu vermeiden, hat die Regierung am Dienstag in einem Kabinettsrat beschlossen, den von der sozialistischen Partei gestellten Antrag auf eine parlamentarische Untersuchung mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Die Regierung will, wenn der Antrag am nächsten Donnerstag im Plenum der Kammer zur Debatte kommt, nicht nur die Vertrauensfrage dagegen stellen, sondern auch die geschäftsordnungsmäßige Debatte selbst im Keime ersticken. Unter normalen Umständen würde ein derartiges Vorgehen, das dem Parlament die einfachsten Kontrollrechte versagt, für die Regierung eine heikle Situation schaffen; in diesem Sonderfall aber, wo man genau weiß, daß die gefährdeten Milliarden des Schatzamtes

in geheimen Rüstungen angelegt

worden sind, zögern natürlich die bürgerlichen Parteien, gegen die Regierung Stellung zu nehmen. So hat auch die Finanzkommission den sozialistischen Antrag am Dienstag mit 15 gegen 12 Stimmen bei vier Enthaltungen abgelehnt. In begreiflicher Scheu wollen die bürgerlichen Parteien einen möglichst dichten Schleier um die Verausgabung der fehlenden Rüstungsmilliarden breiten.

Auf jeden Fall hat die sozialistische Fraktion schon am Dienstag den Text ihrer Entschließung bekanntgegeben, die am Donnerstag zur Abstimmung gestellt werden soll. Sie verlangt genaue Aufklärung über die Situation des Schatzamtes; sie lehnt weiter jeden finanziellen Rückgriff auf die Bank von Frankreich und jede Verlegenheitsmaßnahme durch Ausgabe kurzfristiger Schatzscheine ab. Der Abg. Vincent Auriol ist beauftragt, die Entschließung zu begründen.

Das Konzil von Moskau.

Heute Kongreßbeginn.

Moskau, 24. Juni. (Ost-Expreß.)

Zum Kongreß der Kommunistischen Partei liegen zahllose Erklärungen von Parteiorganisationen der Provinz vor, die in ihren Vorberatungen zum Kongreß sich für Stalins „Linie" und die Politik des Zentralkomitees ausgesprochen haben. Die Sowjetpresse erklärt natürlich, daß die Partei kraftvoll und einheitlich zum Kongreß antrete. Doch sieht sich das Zentralorgan „Prawda" immerhin veranlaßt, ganz kurz vor dem Kongreß noch einen Ueberblick über das Auftreten der Rechtsopposition während der Kongreßvorbereitungen bzw. über solche Versuche zu geben. Aus diesem Referat ergibt sich, daß

die Rechtsopposition zwar keine Erfolge hatte, aber immerhin nicht so schweigsam und ängstlich gewesen ist,

wie es nach den Berichten der Sowjetpresse in den letzten Wochen scheinen konnte. In einer ganzen Reihe Parteizellen an Moskauer Fabriken, in Parteiversammlungen in Charkow, Poltawa, Kursk und anderen größeren Städten, ferner in der Kommunistischen Akademie (wo soeben drei Professoren wegen verdächtiger Gesinnung abgesetzt wurden) sind rechtsoppositionelle Redner aufgetreten. Hierbei nahmen die Oppositionellen begreiflicherweise vor allem die Mißstände bei der Kollektivierung zum Ziel ihrer Angriffe. Es wird viel beachtet, daß auch der als „reuig" geltende Uglanow jetzt wieder hervorgetreten ist, und zwar mit der These, daß die Kollektivwirtschaften die Produktion herabgesetzt hätten.

Unruhe in Sevilla.

Verkehrsstreik und Attentate.

Paris, 24. Juni.

Nach hier vorliegenden Meldungen aus Sevilla nimmt der dort proklamierte Generalstreik einen revolutionären Charakter an. Auto- und Pferdedroschken sowie die meisten Straßenbahnen verkehren nicht. Soweit sie es noch tun, werden sie von Zivilgardisten begleitet. Mehrere Straßenbahnführer wurden von der Menge angegriffen und übel zugerichtet. Zwei Motorradfahrer fuhren in einer der Hauptstraßen mit großer Schnelligkeit an einer Polizeistreife vorbei und beschossen sie. In den Vororten von Sevilla ist die Straßenbeleuchtung zum Teil zerstört worden. Die Zivilgardisten der ganzen Gegend sind in Sevilla zusammengezogen. Bisher sollen über 100 Personen verhaftet worden sein. Der Bürgermeister von Sevilla erklärte, daß die Brotversorgung von Sevilla dank der Unterstützung der umliegenden Dörfer gesichert sei. General Martinez Aido, der sich zur Zeit in Sevilla aufhält, hatte mit dem Militärgouverneur eine Besprechung über die Lage.

Bei weiteren Zusammenstößen ist auf beiden Seiten von Schußwaffen Gebrauch gemacht und 12 Personen schwer verletzt worden, darunter eine Frau und ein Kind. In einigen Betrieben wurde noch am Dienstag morgen gearbeitet, bis die Streikenden erschienen und völlige Schließung der Fabriken, einschließlich der Militärbetriebe, erreichten. Die Brotlieferung hat das Militär übernommen. Zeitungen konnten mit einer Ausnahme nicht erscheinen. Die Straßenbahnen haben nach andauernden Steinhagelangriffen der Streikenden den Verkehr völlig eingestellt. Die Läden haben geschlossen. Die Polizei beschlagnahmte eine Anzahl Waffen und Streikgelder und nahm 150 Verhaftungen vor.

Der italienische Botschafter bei Briand.

Entschuldigung wegen der Vorfälle in Bari.

Paris, 24. Juni. (Eigenbericht.)

Der italienische Botschafter in Paris, Manzoni, hat am Dienstag dem Außenminister Briand einen längeren Besuch abgestattet, um ihm zunächst die offizielle Entschuldigung der italienischen Regierung über die Zwischenfälle in Bari zu überbringen. Inoffiziell soll, wie die Pariser Presse mitteilt, auch über die militärischen Vorsichtsmaßnahmen, die die beiden Nationen gegeneinander ergriffen haben, sowie über die Flotten- und Kolonialkonflikte gesprochen worden sein.

Neuer Kurssturz in New York.

Rekordtiefstand am Aktienmarkt.

New York, 24. Juni.

An der New-Yorker Börse, dem führenden Wertpapiermarkte der Vereinigten Staaten, kam es am Dienstag zu einem neuen allgemeinen Rückgang der Aktienkurse, der bei einzelnen Papieren bis 16 Dollar betrug. Eine ganze Reihe von Werten des Aktienmarktes ging auf einen neuen Tiefstand zurück. Der Umsatz erreichte allein in der letzten Viertelstunde des Börsenverkehrs rund 1 Million Stück (Gesamtumsatz am Montag 3 832 000 Stück).

Abbruch der Spitzenverhandlungen.

Schiedsspruch von Oeynhausen und Lohnabbaupläne die Ursachen.

Die Verhandlungen zwischen den Spitzenverbänden der Gewerkschaften und der Unternehmerverbände sind gestern fortgesetzt worden. Bei diesen Verhandlungen gaben die Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes folgende Erklärung ab:

„Die Besprechungen zwischen den Spitzenverbänden des Unternehmertums und der Gewerkschaften sind ausgegangen von dem Gdanken, für die Erwerbslosen in Gestalt einer Sonderzuwendung an die Arbeitslosenversicherung Hilfe zu bringen. Diesen Gedanken haben wir lebhaft begrüßt.

Ferner sollte in gemeinsamer Aussprache geprüft werden, welche Ursachen der Arbeitslosigkeit zugrunde liegen, und es sollte versucht werden, Wege zu finden, die aus der Wirtschaftskrise herausführen. Die Senkung der Selbstkosten der Produktion sollte hierbei im Vordergrunde der Beratungen stehen.

Des weiteren sollte die Senkung der Ausgaben der Haushalte von Reich und Ländern und damit die Möglichkeit der Senkung der allgemeinen Steuerlasten besprochen werden.

Wir erklärten uns bereit, an der Senkung der Selbstkosten der Produktion mitzuarbeiten, unter der Voraussetzung, daß die Preise gesenkt, die überhohen Gewinnspannen im Handel vermindert und die Kaufkraft des arbeitenden Volkes nicht geschmälert, sondern in der Folge erhöht wird.

Dieser ursprüngliche Plan wurde jedoch illusorisch gemacht durch die Entscheidung der Konferenz des Unternehmertums vom 3. Juni, die zu einer neuen Formulierung des Standpunktes des Unternehmertums führte. Diese neu formulierte Erklärung bedeutete eine Verschiebung der Verhandlungsbasis und wurde dadurch für die Gewerkschaftsvertreter unannehmbar.

Aber auch eine von den Gewerkschaften als gemeinsame Erklärung vorgeschlagene neue Formulierung wurde von den Unternehmervertretern als unannehmbar bezeichnet. Einer gemeinsamen Erklärung war dadurch der Boden entzogen.

Ein Versuch der Weiterverhandlung über einzelne Fragen wäre vielleicht nicht ohne Erfolg gewesen, wenn nicht Ereignisse eingetreten wären, die von der Oeffentlichkeit in Zusammenhang mit diesen Verhandlungen gebracht und als deren Ergebnisse gewertet wurden; als erstes die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches von Oeynhausen, der den Lohnabbau zur Voraussetzung des Preisabbaues in der Schwereisenindustrie machte, ferner die Anträge der politischen Vertretung des Unternehmertums im Reichstage, der Deutschen Volkspartei, die auf einen Lohnabbau hinzielen. Nicht minder muß es in höchstem Grade befremden, daß der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft, Herr von Siemens, ungeachtet der Verhandlungen der Spitzenverbände sich in einem Schreiben an die Reichsregierung gewandt hat, in dem unter Hinweis auf die kritische Lage der Reichsbahn unzweideutig ein Lohn- und Gehaltsabbau gefordert wird, um Tariferhöhungen zu vermeiden. Wenn einflußreiche Unternehmervertreter für ein öffentliches Unternehmen im Augenblicke der Verhandlungen der Spitzenverbände solche Vorschläge machen, so sind die Aussichten auf erfolgreiche Weiterverhandlungen unmöglich.

Die Massenkündigungen in der nordwestlichen Gruppe deuten gleichfalls darauf hin, daß mit einer dem Wohle von Volk und Wirtschaft dienenden Fortsetzung der Verhandlungen nicht gerechnet werden könne. Dazu kommt noch die Nachricht, daß die Firma Krupp in Essen, trotz des Oeynhausener Schiedsspruchs, den Antrag auf Entlassung von 7 Proz. ihrer Belegschaft stellt, also trotz Lohn- und Preisabbau die Arbeitslosigkeit noch erheblich vermehren will.

Zudem haben die alarmierenden Mitteilungen der Presse, die den Zweck der gemeinsamen Verhandlungen häufig völlig entstellten, eine Atmosphäre geschaffen, die statt Vertrauen in der breiten Oeffentlichkeit Mißtrauen hervorriefen.

Wir halten es daher nicht für zweckmäßig, die Verhandlungen fortzusetzen, weil die psychologischen Voraussetzungen, eine gemeinsame Aktion zum Wohle der deutschen Wirtschaft durchzuführen, nicht mehr gegeben sind."

Die Vertreter der Unternehmer konnten sich dem Eindruck der Schwierigkeiten, die den weiteren Verhandlungen entgegenstehen, nicht entziehen, waren aber der Meinung, daß es zweckmäßig sei, an anderer Stelle die Fragen der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit weiter zu besprechen. Man einigte sich schließlich auf folgenden Weg:

„Die Vertreter der Spitzenverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind bei Fortsetzung ihrer Verhandlungen über Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit zu dem Ergebnis gelangt, daß es notwendig sei, diese Fragen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, in dem sämtliche Wirtschaftszweige vertreten sind, zu erörtern. Die dazu erforderlichen Schritte sind bereits eingeleitet."

*

Damit ist der Versuch einer direkten Verständigung zur Ueberwindung der Krise gescheitert.

Einer Auseinandersetzung innerhalb des Reichswirtschaftsrats stand bisher nichts im Wege und kann auch künftig stattfinden, ohne den Charakter und die Tragweite direkter Verhandlungen der Spitzenverbände zu haben.

Die Erklärung des ADGB. sagt deutlich, durch welche Ursachen die Verhandlungen scheitern mußten. An erster Stelle steht der Schiedsspruch von Oeynhausen vom 26. Mai, der den Umschwung bei den Unternehmern brachte, als diese der Verbindlichkeitserklärung sicher waren. Daß die Verkoppelung des unvermeidlichen Preisabbaues mit einer durch nichts gerechtfertigten Lohnsenkung den Verhandlungen den Boden entziehen mußte, war von vornherein klar.

Lohnabbau bedeutet Verschärfung der Krise. Es war schon deshalb ganz ausgeschlossen, daß die freien Gewerkschaften dazu ihre Hand bieten würden. Sie werden im Gegenteil mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Kräften sich jedem Lohnabbau widersetzen und auch dadurch zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise beitragen.

„Christliche" Lügen.

Um Stegerwald und Schmitz zu decken.

Die direkt arbeiterfeindliche Haltung christlicher Gewerkschaftsführer in dem Konflikt in der nordwestlichen Schwerindustrie haben wir an Hand der Tatsachen wiederholt aufgezeigt. Da diese Tatsachen nicht aus der Welt geschafft werden können, versucht das Organ der christlichen Gewerkschaften, der „Deutsche", mit klobigen Schimpfereien sich aus der Affäre zu ziehen. Zugleich wird das System der Verleumdungen des früheren Reichsarbeitsministers Wissell fortgesetzt. Damit hofft man wohl, den christlichen Arbeitern einzureden, daß der von Stegerwald projektierte Abbau der Sozialversicherung und der damit verbundene Abbau der Löhne eine gewisse Entschuldigung in den Taten seines Vorgängers habe.

So behauptet der „Deutsche" in seiner heutigen Nummer, daß Wissell im niederschlesischen Bergbau, wo durch den sozialdemokratischen Schlichter Phillips ein Schiedsspruch gefällt worden sei, der die Löhne der Bergarbeiter um 8 Proz. erhöhte, auf Veranlassung der Unternehmer die Lohnerhöhung des Schiedsspruchs halbiert und diesen dann für verbindlich erklärt habe.

Auch wenn das richtig wäre, dann würde eine 4prozentige Lohnerhöhung immerhin noch etwas anderes sein als ein Lohnabbau von 7½ Proz. Der „Deutsche" hat aber bewußt gelogen, wohl in der Erwartung, daß sich niemand mehr der Vorgänge und des Schiedsspruchs im niederschlesischen Bergbau vom Oktober 1928 erinnern würde. Am 7. Oktober 1928 fällte der Schlichter einen Schiedsspruch, der die Tariflöhne im Durchschnitt um 8 Proz. erhöhte und außerdem einige Vergünstigungen für die Jugendlichen festsetzte und u. a. auch die Altersgrenze des volljährigen Arbeiters von 24 Jahren auf 21 Jahre herabsetzte.

Dieser Schiedsspruch ist von beiden Parteien abgelehnt worden. Darauf fanden neue Verhandlungen vor dem Schlichter statt und dieser fällte am 14. Oktober 1928 einen zweiten Schiedsspruch, der den ersten in einigen Punkten vom Standpunkt der Arbeiter verbesserte. Die Lohnerhöhung der Hauerschichtlöhne von 6,60 M. auf 7,10 M. wurde allerdings in zwei Etappen durchgeführt. Die Löhne der Jugendlichen um 10 bis 12 Proz. erhöht. Schließlich wurde in dem Schiedsspruch noch festgesetzt, was im ersten Schiedsspruch nicht enthalten war, daß Maßregelungen wegen des Streiks nicht stattfinden dürfen.

Diesen zweiten Schiedsspruch, den die Unternehmer gleichfalls ablehnten, und also gar nicht daran dachten, den Reichsarbeitsminister um die Verbindlichkeitserklärung anzugehen, hat Wissell für verbindlich erklärt.

Selbstverständlich weiß man im „Deutschen", daß der Reichsarbeitsminister gar nicht die Möglichkeit hat, von sich aus einen Schiedsspruch abzuändern, also etwa eine Lohnerhöhung von 8 Proz. um die Hälfte herabzusetzen, und dann den so abgeänderten Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. Wenn das Organ der christlichen Gewerkschaften trotzdem eine derartige unglaubliche Schwindelmeldung in die Welt setzte, so zeugt das von einem Tiefstande der Gesinnung, um die es kaum noch die Kommunisten beneiden werden.

Der Konflikt der Bauklempner.

Der Schiedsspruch nicht verbindlich.

Wie im „Vorwärts" bereits mitgeteilt wurde, war am 27. Mai für die Berliner Bauklempner ein Schiedsspruch gefällt worden, der neben einigen kleinen Verbesserungen des Urlaubs und der Bezahlung bei Hoch- und Turmbauten ganz erhebliche Verschlechterungen des bisherigen Manteltarifs vorsah. Der Schiedsspruch hob nicht nur die wichtigste Tarifbestimmung auf, wonach alle Arbeiten im Zeitlohn ausgeführt werden müssen, sondern setzte auch mit einem Federstrich für das gesamte Bauklempnergewerbe die sozialen Bestimmungen des § 616 BGB. außer Kraft.

Die Unternehmer hatten den Schiedsspruch angenommen und seine Verbindlichkeitserklärung beantragt. Der Schlichter Wissell ist diesem Antrag jedoch nicht nachgekommen, und zwar mit der ausdrücklichen Begründung, daß die Ausschaltung des § 616 BGB. durch den Schiedsspruch des Gewerberats Körner ein Eingriff in allgemein geltendes Recht sei. Jeder Tarifpartei sei es zwar unbenommen, geltende Rechtssätze ihren Bedürfnissen entsprechend zu ändern oder auszuschließen. Wenn sich die Parteien in diesem Punkte einig sind und der Streit, der zur Beantragung der Verbindlichkeitserklärung durch eine Tarifpartei führt, sich auf andere Fragen des Tarifvertrages bezieht, könne auch in solchen Fällen eine Verbindlichkeitserklärung erfolgen. Da aber gerade in diesem Falle die Ausschaltung des § 616 BGB. der strittige Punkt sei, müsse er es ablehnen, allgemein geltendes Recht durch staatlichen Zwang gegen den Willen einer Tarifpartei abzuändern.

Eine Versammlung der organisierten Bauklempner nahm gestern abend zu dieser neuen Organisation Stellung. Von der Organisations- und Branchenleitung wurde darauf hingewiesen, daß einige Scharfmacher im Unternehmerlager die Absicht haben, die jetzt eingetretene tariflose Zeit zu benutzen, um ihre Arbeiter durch Reverse zur Anerkennung des Abbauschiedsspruches vom 27. Mai zu zwingen. Die Versammlung erneuerte den schon in der letzten Versammlung gefaßten Branchenbeschluß, an der Aufrechterhaltung der bisher tariflich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen unbedingt festzuhalten und jeden Wunsch der Unternehmer, ihnen Verschlechterungen aufzuzwingen, der Organisation mitzuteilen, um sie gegebenenfalls durch die Einstellung der Arbeit und mit Hilfe der Organisation abzuhalten.

Sowjet-Einmaleins.

Eine benebelte Reportage.

Im Organ der Sowjetbotschaft wird eine „Reportage über den heldenhaften Kampf des Mansfelder Kumpels" von einem gewissen Siegfried Nebel veröffentlicht, die durchaus im Inhalt dem Namen ihres Verfassers entspricht. U. a. erzählt Herr Nebel, wie es im Lokal der zentralen Streikleitung der Gewerkschaften zugeht. Wir zitieren:

„Die wenigen Kumpels, die davor standen, sind schon fort. „Es ist ein ewiges Kommen und Gehen", schreibt ein Reformistenblatt über dieses Streiklokal. Aber das Gehen ist größer als das Kommen."

Wenn 10 Leute einen Raum betreten, können im Höchstfall auch nur 10 wieder diesen Raum verlassen. Aber vielleicht hat Herr Nebel während der Zeit, in der die Streikenden sich im Streiklokal aufhielten, einige Lagen Bier genehmigt und war so sehr benebelt, als die Streikenden das Lokal wieder verließen, daß er doppelt sah.

Das wäre die eine Erklärung. Die andere ist vielleicht mindestens ebenso naheliegend: Herr Nebel hat das Lokal der Gewerkschaften mit der KPD. verwechselt. Dort ist allerdings das Gehen größer als das Kommen!

Verbandstag der Schuhmacher.

Magdeburg, 24. Juni. (Eigenbericht.)

Die Aussprache über die Geschäftsberichte des Vorstandes auf dem Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher gestaltete sich zu einer derben Abrechnung mit den kommunistischen Zersplitterern. Mann für Mann trat auf und brachte Beweise für das der Organisation verderbliche Treiben der sogenannten „Opposition". Der Verbandstag erklärte sich mit dem Standpunkt des Verbandsausschusses einverstanden, dessen Vorsitzender Steiner in seinem Bericht die Ausschlüsse gerechtfertigt hatte. Die wenigen kommunistischen Delegierten zeigten keinen Schneid, vor dem Verbandstag für die Missetaten ihrer Drahtzieher geradezustehen und die kommunistische Gewerkschaftstaktik offen zu verteidigen. Nur dann und wann begehrten sie etwas auf, mußten aber Spott und Gelächter einstecken. Es gab groteske Szenen, als die paar Kommunisten, in zwei Gruppen, linientreue und oppositionelle, geteilt, jede Gruppe zwei Mann „stark", sich gegenseitig herunterrissen.

In der Hauptsache wurden praktische Verbandsfragen diskutiert, Fragen, die das Wohl und Wehe der Mitglieder berühren. Einige Delegierten forderten, daß die Verhandlungen, die die Unternehmer mit dem Vorstand des ADGB. gesucht haben, abgebrochen werden. Andere betonten demgegenüber, eine Wirtschaftsmacht wie der ADGB. könne nicht abseits stehen, wenn über Wirtschaftsfragen von höchster Bedeutung gesprochen werde. Der Vertreter des ADGB. erläuterte die Stellung des Bundesvorstandes in dieser Frage. Der negative Verlauf der Verhandlungen mit den Unternehmern müsse jedem schon bewiesen haben, daß die Unterhändler des ADGB. den Unternehmern gegenüber sehr entschieden die Interessen der Arbeiter vertreten haben. Der Standpunkt der Gewerkschaften sei, durch Abbau der Preise die Lebenshaltung der Arbeiter zu heben.

Sehr entschieden trat Marie Wollschläger-Berlin für die Frauen in den Schuhfabriken ein. Sie forderte Angleichung des Frauenlohnes an den Lohn der Männer.

Umstritten war die Aufhebung des Betriebssekretärpostens für das Reich. Vorsitzender Simon erklärte dazu, daß ein Betriebssekretär bei den jetzigen gewerkschaftlichen Bildungsmöglichkeiten nicht mehr nötig sei.

Die Aussprache über den Geschäftsbericht erstreckte sich über den Montagnachmittag und den ganzen Dienstag, ein Zeichen, daß die Delegierten aus den Betrieben sich ausgiebig aussprechen konnten.

Die Zwangsarbeit in den Kolonien.

Der Entwurf der Kommission.

Genf, 24. Juni.

Die Kommission für die Zwangsarbeit hat ihre Arbeiten abgeschlossen. Sie hat einen Konventionsentwurf aufgestellt, der jetzt der Vollversammlung der Internationalen Arbeitskonferenz zur Annahme vorliegt. Nach diesem Entwurf verpflichten sich die vertragschließenden Staaten, die Zwangsarbeit in allen ihren Formen „in möglichst kurzer Frist" abzuschaffen. Vorläufig soll die Zwangsarbeit für öffentliche Zwecke unter gewissen Bedingungen noch gestattet sein. Fünf Jahre nach dem Inkrafttreten der Konvention wird der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes prüfen, ob die Möglichkeit gegeben ist, ohne weitere Fristsetzung die Zwangsarbeit völlig zu beseitigen.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Die Jugendberatungsstelle, Engelufer 24—25, Zimmer 26, ist von 18½ bis 20 Uhr geöffnet. Es spielen die Gruppen: **Humboldt:** Im Humboldthain. — **Landsberger Platz, Frankfurter Allee:** Im Friedrichshain, Platz 4. — **Südosten, Neu-Lichtenberg und Lichtenberg:** In Treptow, Wiese 1. — Heute, Mittwoch, 19½ Uhr, tagen folgende Gruppen: **Baumschulenweg:** Jugendheim Ernststr. 16. Vortrag: „Was bedeutet das Ding für die freien Gewerkschaften?" — **Schönhauser Tor:** Jugendheim Fehrbelliner Str. 24—25. Diskussionsabend, Jugendspiel, Balenspiel. — **Weißensee:** Gruppenheim Weißensee, Parkstr. 36. Bunter Liederabend. — **Neukölln:** Gruppenheim Berastr. 29. Hof. Eine Arbeitsgerichtssitzung. — **Süden, Südwesten:** Städt. Jugendheim, Pordstraße 11, Fabrikgebäude. Wir besuchen die Gruppe Südosten auf der Treptower Wiese. Der Treffpunkt wird vorher in der Gruppe bekanntgegeben. — **Flughafen:** Jugendheim Neukölln, Flughafenstr. 66. Leipziger Allerlei. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15. Lichtbildervortrag: „Eine Wanderung durch die Mark".

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Gesundbrunnen:** Jugendheim Ortlstr. 10, pt. Vortrag: „Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus". Referent: Arthur Rochow. — **Schönhauser Vorstadt:** Jugendheim der Schule Kastanienallee 81. Vortrag: „Was ich im Gefängnis sah". Referent: Wilhelm Leminski. — **Nordost:** Jugendheim Danziger Str. 63 (Baracke 3). Vortrag: „Internationale gewerkschaftliche Jugendarbeit". Referent: Georg Heilbronn. — **Osten:** Jugendheim der Schule Lisauer Str. 18. Bunter Abend. — **Strelau:** Jugendheim der Schule Goßlerstr. 61. Abend eigener Ausgestaltung. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Str. 1—4, Ecke Kanner Straße. Vortrag: „Augen auf! Werksgemeinschaften". Referent: Willi Derkow. — **Südost:** Jugendheim Brangestr. 138. Vortrag: „Die Einrichtungen unseres Verbandes". Referent: Erwin Bunzel. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Vortrag: „Es klingt im Sturm ein altes Lied". Referentin: Fridel Hall. — **Potsdam-Nowawes:** Jugendherberge Nowawes, Priesterstraße. Volkstanzabend.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Pölcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.

STAATL. FACHINGEN
Natürliches Mineralwasser
Heilwirkend!
Fachinger Versandstelle, Berlin SW 11
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 5260-61

Was wird aus Berlin?

Entwurf der Berliner Sozialdemokratie zur Verwaltungsreform der Reichshauptstadt

Den Entwurf zu einem „Selbstverwaltungsgesetz für die Hauptstadt Berlin", den das Preußische Staatsministerium im März dem Preußischen Staatsrat und im Mai d. J. dem Preußischen Landtag vorlegte, haben die Berliner lokalen Instanzen unserer Partei mit sehr gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen. Der Entwurf beseitigt zwar das Zweikammersystem, schafft also den Magistrat, ohne dessen Zustimmung kein Beschluß der Stadtverordnetenversammlung heute rechtswirksam werden kann, ab. Die Durchführung dieses an sich richtigen Gedankens des Einkammersystems und auch die Regelung verschiedener anderer mit der Neugestaltung Berlins zusammenhängender Fragen läßt aber erkennen, daß der Vater des Gesetzentwurfs dem Begriff der Selbstverwaltung eine Auslegung gegeben hat, die nicht immer ohne Widerspruch hingenommen werden konnte. Der Bezirksverband der Sozialdemokratischen Partei setzte daher einen 17gliedrigen Ausschuß, der sich aus Landtagsabgeordneten, Magistratsmitgliedern, Bezirksbürgermeistern, Stadtverordneten usw. zusammensetzte und unter dem Vorsitz der Genossen Künstler und Litke tagte, ein, um zu überlegen, in welchen Punkten etwa Aenderungen des Gesetzentwurfes angeregt werden könnten. Die nähere Prüfung ergab jedoch, daß die von uns vorzuschlagenden Aenderungen, mochten sie noch so gut formuliert sein, immer nur Flickwerk sein würden. Der Ausschuß beauftragte daher den Genossen Bezirksbürgermeister Dr. Herz, einen vollständigen Gegenentwurf auszuarbeiten. Der vom Bezirksverband eingesetzte Ausschuß hat den Gegenentwurf in mehreren Sitzungen durchberaten und wird ihn in den nächsten Tagen der Oeffentlichkeit zugänglich machen.

Gegenüber dem Ministerialentwurf weist der Gegenentwurf drei wesentliche materielle Vorzüge auf:

1. **Er erweitert die Rechte der Selbstverwaltung durch Uebertragung aller bisher vom Polizeipräsidenten verwalteten Angelegenheiten, die nicht landes- oder sicherheitspolizeilicher Natur sind, sowie anderer Aufgaben auf die Stadt.**
2. **Er schränkt das Staatsaufsichtsrecht ein.**
3. **Er führt die Machtbefugnisse des Oberbürgermeisters auf ein erträgliches Maß zurück.**

In formeller Beziehung fällt die klarere Gliederung des Gegenentwurfs, die Prägnanz und Plastik seiner Sprache und die völlig einwandfreie gesetztechnische Durcharbeitung seiner Bestimmungen auf. **Der Gedanke der Selbstverwaltung hat hier einen klassischen Ausdruck gefunden.** Des eigentlichen Berliner Problems, nämlich der Aufteilung des Arbeitsgebiets auf **Zentralverwaltung** und **Bezirksverwaltung** ist mit besonderer Liebe gedacht. Wer an die Dinge lediglich vom rein organisatorisch-technischen Standpunkt herangeht, dem drängen sich 2 Lösungen auf:

Entweder man beseitigt die Bezirksverwaltungen als Organe eigenen Rechts, zentralisiert und bürokratisiert die Verwaltung etwa nach dem Muster der einheitlichen Staatsverwaltung, die ihre Geschäfte durch örtliche, ganz vom Willen des Staatsministeriums abhängigen Behörden wahrnehmen läßt, oder man überträgt grundsätzlich alle Aufgaben auf die aus Wahlen der Bürger ihres Gebiets hervorgegangenen Bezirksorgane.

Die gegenwärtige Rechtslage beruht auf einem Kompromiß zwischen diesen beiden an sich gangbaren Wegen und vereinigt daher alle Nachteile einer straffen Zentralisation und alle Nachteile einer starken Dezentralisation. Der Gegenentwurf des Bezirksverbandes geht klar und eindeutig den Weg der Dezentralisation. Es sind — den Willen und das Können aller Beteiligten vorausgesetzt — genügend Kautelen geschaffen, eine einheitliche und zielbewußte Leitung der Gesamtverwaltung sicherzustellen. Die Zentralverwaltung sollte sich zu schade dünken, alle Angelegenheiten untergeordneter Natur nachzugehen. Die leitenden Beamten der Zentralverwaltung zermürben sich heute durch die ständig an Umfang zunehmende Kleinarbeit. Die Zahl der Beamten der Zentralverwaltung und aller 20 Bezirksämter verhält sich wie 8 : 14; die Zentralverwaltung ist also aufgebläht. „In der Beschränkung zeigt sich der Meister." Beschränkt sich die Zentralverwaltung auf die Bearbeitung aller großen Aufgaben, so wird die geistige Führung der Zentralverwaltung zwangsläufig kraftvoller werden.

Der Gegenentwurf erhärtet die Tatsache, daß es der Partei an Köpfen, die sich auch in Fragen der Gesetzestechnik mit der hohen Ministerialbürokratie messen können, durchaus nicht fehlt. Er wird — gleichgültig, wie das Ringen um die Gestaltung Berlins im Landtage schließlich ausgeht — die Plattform für die Partei auch in späteren Kämpfen um eine neuzeitliche Reform der gesamten Selbstverwaltung bilden.

An Walter Rathenaus Grab.

Die traditionelle Gedenkfeier des Berliner Reichsbanners.

Die Kolonnen des Berliner Reichsbanners marschierten gestern abend wieder nach dem stillen Waldfriedhof in Oberschöneweide, um am Grabe Walter Rathenaus vorbeizudefilieren. Das Berliner Reichsbanner wurde 1924 gegründet und der erste Aufmarsch war der Gang zum Grabe des von Faschisten feige ermordeten Außenministers der Republik. Die erste Veranstaltung war symbolisch, sie war das Gelöbnis des Reichsbanners, nicht nur eine Schutztruppe der Republik, sondern auch Kampftruppe gegen den Faschismus zu sein. Diesem Gelöbnis ist das Reichsbanner treu geblieben

Gestern war wieder eine vielhundertköpfige Menge in den Straßen Oberschöneweides zu sehen, die auf den Zug des Reichsbanners wartete. Mit den Reichsbannerleuten zog die Bevölkerung mit hinaus zum Grabe. An dem stillen Grabe die traditionelle Ehrenwache. Wieder reiche Blumenspenden wie in jedem Jahr zuvor. Nach einem Trauermarsch sprach zunächst Kamerad Soltau. Landtagsabgeordneter Ruschke erinnerte dann daran, daß das Reichsbanner alljährlich drei Grabstellen aufsucht: die von Ebert, Erzberger und Rathenau. Mit den großen Toten der Republik, die ihr Herzblut für das soziale Deutschland hergaben, ehren wir zugleich die unbekannten Toten der Republik, die uns immer Symbol sein werden für die rastlose Hingabe an eine Idee. Und wenn wir Walter Rathenau ehren, so darum, weil er wie tausend andere mitarbeitete am Wiederaufstieg Deutschlands zu einer neuen Kultur, zu einem neuen Staatssystem unter Mitarbeit aller Schichten des Volkes. Wenn wir Walter Rathenaus Ziel fortsetzen wollen, dann müssen wir mit aller Kraft den Kampf gegen den Faschismus aufnehmen. Heute, am Grabe Walter Rathenaus, leisten wir das Gelöbnis, der Republik auch in diesen Stunden, in denen der Nationalsozialismus zum aktiven Kampf gegen die Republik aufruft, treu zur Seite zu stehen. Das Lied: „Ich hatt' einen Kameraden" erklingt. Die Fahnen senken sich. Ein stilles Gedenken. Dann marschieren die Schützer der Republik wieder zurück in die Straßen der Großstadt.

Unglücksfall im Bad Oderberger Straße

Achtjähriger von Herzkrämpfen befallen und erstickt.

Am Dienstag nachmittag ereignete sich in der Schwimmhalle des städtischen Hallenbades in der Oderberger Straße 57/58 ein bedauerlicher Unfall. Der achtjährige Schüler Friedrich Kolb aus der Griebenowstraße 1 wurde im Bassin plötzlich von Herzkrämpfen befallen und ging unter. Alle Wiederbelebungsversuche blieben leider ohne Erfolg.

Die Badeanstalt war gestern nachmittag wieder sehr stark besucht. Kurz vor 15 Uhr bemerkten mehrere Schwimmer, wie ein Junge lautlos im Wasser versank. Mit Hilfe des Bademeisters konnte das Kind schnell geborgen werden. Ein Arzt und Samariter der alarmierten Feuerwehr versuchten in mehrstündiger Arbeit das Kind ins Leben zurückzurufen; die Bemühungen mußten um 18 Uhr jedoch als aussichtslos aufgegeben werden. Nach den vorläufigen Feststellungen ist der Achtjährige von Herzkrämpfen befallen worden und im Wasser schon nach wenigen Augenblicken erstickt.

Zepp auf der Rückfahrt.

Gestern abend hat er Berlin wieder verlassen. — Ungünstige Wettermeldungen.

Nachdem die letzten Vorbereitungen für die Rückkehr beendet waren, flog „Graf Zeppelin" um 21 Uhr unter den Klängen des Deutschlandliedes zu seinem nächtlichen Flug in den Heimathafen Friedrichshafen auf. Nach einer kurzen Schleife verschwand das Luftschiff in nördlicher Richtung, bestrahlt von sämtlichen Scheinwerfern des Flughafens. Die Wettermeldungen sind für den Weg des Luftschiffes nicht besonders günstig, doch hofft die Leitung durch einen kleinen Umweg dem Tief, das auf der direkten Strecke liegt, auszuweichen.

Das Luftschiff war gegen 19 Uhr, von seiner Schlesienfahrt zurückgekehrt, noch mehrfach über Berlin zu sehen. Gegen 19½ Uhr erfolgte die Landung in Staaken, von wo das Luftschiff, nachdem es die notwendigen Betriebsstoffe und Wasserstoffgas aufgenommen hatte, gegen 21 Uhr zu seiner Rückfahrt nach seinem Heimathafen startete.

Greis schlägt seine Frau nieder.

Versuchter Gattenmord in Nowawes.

Mit der Selbstbeschuldigung, seine 71 Jahre alte Ehefrau im Streit erschlagen zu haben, stellte sich am Dienstag mittag auf dem 6. Polizeirevier in Nowawes der 68 Jahre alte Schuhmacher Hermann Hagen, der in der Bismarckstraße 3 in Nowawes einen Keller bewohnt. Kriminalbeamte, die nach der Wohnung gingen, fanden die betagte Frau in einer großen Blutlache regungslos in der mit Gas angefüllten Küche liegen. Mit schweren Schädelverletzungen wurde sie nach dem Kreiskrankenhause gebracht. Ihr Zustand ist sehr bedenklich. Hagen ist als Trinker bekannt und hatte oft mit seiner einige Jahre älteren Frau Streit. Am Dienstag war es zwischen den alten Leuten wieder zu einem Auftritt gekommen und Hagen hatte mit einem Schusterhammer seine Frau mehrmals auf den Kopf geschlagen. Dann war er aus der Wohnung fortgegangen und hatte sich der Polizei gestellt. Allem Anscheine nach ist die Frau wieder zu sich gekommen und hat sich trotz der Wunden in die Küche geschleppt, um sich vom Blute zu reinigen. Nachdem sie die Gashähne aufgedreht hatte, muß sie neuerdings einen Schwächeanfall erlitten haben. Hagen wurde verhaftet.

Vom Dienst suspendiert!

Der Polizeiwachtmeister Kärgel, der am Montagnachmittag am Hohenzollernkanal den 21jährigen Arbeiter Lothar Gozdzikowski aus der Liebigstr. 9, wie wir berichteten, im Handgemenge niederschoß, ist auf Veranlassung des Polizeipräsidenten bis zur restlosen Klärung des Vorfalls vom Dienst suspendiert worden.

SINCLAIR LEWIS

5)

DER ERWERB

ROMAN

Uebersetzt von Cl. Meitner. — Meyer & Jessen, Vertrieb, München.

Ein trockener, staubiger Septemberwind wirbelte durch die Straße. Una fröstelte.

In New York würde es keinen staubigen Wind geben, nur sanfte Brisen über Marmorpalästen großzügigen Geschäftslebens. Dort würde es keinen Henry Carson geben, nur schlanke, rührige Geschäftsmänner, mit jugendlich leuchtenden Augen und flinken Zungen.

2.

Una Golden hatte gedacht, sie würde erschauern, wenn sie bei der Ankunft am hellen Nachmittage vom Schiff aus zum erstenmal die Silhouette New Yorks am Horizont erblicken würde. Doch es war so ganz wie auf allen Ansichtskarten, in so lächerlicher Weise jeder Ueberraschung bar, daß sie nur einfach bemerkte: ‚Ach, da ist es ja, hier werde ich nun sein", und sich abwandte, um die Gepäckstücke zu zählen, ihre Mutter ordentlich im Ueberfahrtsboot unterzubringen und ihr zu versichern, daß sie vor Taschendieben keine Angst haben müsse. Doch als das Boot sich dem Lande näherte und dicht genug ans Ufer herankam, daß sie die Leute sehen konnte, die tatsächlich in dem gesegneten Lande (New York genannt) lebten, da umarmte Una plötzlich ihre Mutter und rief: „O Mutter, denk' nur! Hier werden wir jetzt wohnen und alles miteinander erleben — alles!"

Am Ende des langen, hohlwegähnlichen Ganges, den sie vom Boote aus zurückzulegen hatten, erwarteten sie die vertrauten Gesichter von Herrn und Frau Albert Sessions, und im Nu wurde New York zu einem Chaos von Wagen, Pflastersteinen, Baumwollballen, endlos langen, sehr schmutzigen Straßen, hohen Häusern, Omnibussen, Hochbahnen, Schaufenstern, die dunkel und fremd aussahen, und von allen Seiten drängte ein solcher Menschenschwarm an, daß Una ganz unsicher wurde, sich an die Sessions hing und versuchte, sich vor dem Wirbel dieser neuen Eindrücke eines Schwindelgefühls zu erwehren. Einen Augenblick lang war sie eingeschüchtert und doch von der freudigen Ueberzeugung durchdrungen, daß sie dieses Narrenhaus vielgestaltiger Kräfte liebgewinnen werde.

Die Sessions wohnten in der Amsterdam Avenue nahe der Sechsundneunzigsten Straße. Sie fuhren alle zusammen von Cortland Street mit der Untergrundbahn hin. Fünf Minuten lang war Una halb starr vor Schrecken von dem Drängen der Leute, dem dröhnenden Rollen durch finstere Tunnels und dem Gefühl, einer unkontrollierbar dahinsausenden Stahlmasse machtlos preisgegeben zu sein. Da sich jedoch nichts besonders Schlimmes ereignete, wurde sie allmählich sogar stolz darauf, ein Teil dieser schwarzen Kraft zu sein, und zufrieden schwankte sie an ihrer Lederschlinge.

Als sie in der Wohnung der Sessions ankamen und in den üblichen Klatsch von Panama, Pennsylvanien, verfielen, war Una zerstreut — wenn die Sessions sie nicht gerade mit Henry Carson oder Charlie Martindale neckten. Zusammengekauert auf einem Sofa aus schwarzem Nußholz, das Una seit Jahren aus Panama kannte, und das hier in New York einen armselig-bäuerischen Eindruck machte, gab sie die übrige Zeit sich ganz den Eindrücken der Großstadt hin: Die vielen Kinderstimmen von der Amsterdam Avenue herauf, das Kreischen eines Omnibusrades, das schwere Rattern beladener Fuhrwerke, Automobilhupen — die einzelnen kaum unterscheidbaren Töne gingen in einem Gewirr unter, das als dichte, graugelbe Staubwolke sichtbar zu sein schien.

Mutter sollte sich ein wenig hinlegen; die Sessions begannen (nach einer weitläufigen Erklärung, warum sie kein Mädchen hielten) das Abendessen zu bereiten, und Una stahl sich davon, um sich New York allein anzusehen.

Alles schien auf einmal anders, wirklicher und kein solches Durcheinander, jetzt, da sie ihre eigenen Augen gebrauchte und sich nicht der Führung dieses allesmissenden Großstadtvogels, Albert Sessions, überließ.

Die Amsterdamer Avenue war sogar in der Dämmerung eines frühen Herbstes trostlos, mit ihren Mauern gelblicher Zinshäuser und einem Wirrwarr von Feuerleitern, sämtliche Erdgeschosse immer und immer wieder von denselben Geschäften besetzt: Eßwarenhandlungen, Wäschereien, Frisiersalons, Gasthäusern, Kolonialwarenhandlungen, Frühstücksstuben. Sie wagte sich in eine Seitenstraße, einem feuerschimmernden Sonnenuntergang entgegen. Westend Avenue war imponierend mit den gediegenen Bauten aus Ziegeln und grauem Stein, und dem im schwindenden Tageslicht milchweißen Pflaster. Dann kam ein Häuserblock eleganter Wohnungen. Das war die Stadt des goldenen Lohnes. Leichte Vorhänge hingen vor den Fenstern; in der Halle eines großen, eleganten Wohnhauses sah sie flüchtig einen Neger in einer grünen, mit Messingknöpfen dicht besetzten Uniform und einem Affenkäppchen auf dem Kopfe; einen Schimmer von Palmen — oder etwas, das wie Palmen aussah; Marmor, Mahagoni und Kacheln, und blitzartig einige Leute in Abendtoilette. Una wanderte in ihren einfachen „praktischen" Kleidern vorbei. Sie war neidlos, das alles würde sie ja bald selbst besitzen.

Nach einer beinahe überladen prunkhaften Vision von seidenen Theatermänteln und von Kavalieren, die Abteilungschefs großer Warenhäuser glichen, stieß Una plötzlich auf Riverside Drive und auf alle Herrlichkeit der Stadt.

New York ist eine eintönige Stadt mit gradlinigen, einförmigen Straßen. Aber mit seinen Wolkenkratzern strebt es in die Höhe; in Gramercy Park träumt es den Traum der Gartenstadt aus den Tagen der englischen Herrschaft; und in Riverside Drive entblößt es seine mundervollen Brüste und schwelgt in Schönheit. Hier ist es wählerisch und lüstern, mit Paris und Wien zu vergleichen, und hier frohlockte Una.

Ein blankgefahrene Straße hinab, die jedes Licht spiegelte, rollten elegante Autos mit vergnügten Insassen, in Kleidern, die Una nur aus Modejournalen kannte. Der Fahrweg war von leichtem Nebel umsäumt, der sich zwischen den Straßenbäumen durchwand. Hinter Una erhoben sich die prächtigen Fassaden der mit Goldsimsen geschmückten Gebäude. Jenseits des königlichen Hudson schien alles verzaubert von der weiten, rauchigen Abendglut, vor der die Silhouette der Türme und Kuppeln und Fabrikschlote wie eine orientalische Stadt stand.

„Oh, all das will ich haben — es gehört mir! . . . Ein Haus hier oben — einen großen, breiten Erker mit dem Ausblick auf das alles. O, lieber Gott . . ." Unbewußt betete sie zu dem unbestimmten Gott der Panama-Wesleyan-Methodisten-Kirche, der einem etwas gab, wenn man brav war. „Ich will arbeiten für all das . . . und für die kleine Mutter — mein Mütterchen, das nie Gelegenheit zu etwas Besserem hatte."

In den Gang dieses etwas schwerfälligen Mädchens kam neue Beschwingtheit, eine leichte Ekstase, während sie in der aufstachelnden Luft New Yorks auf ihrem Heimweg zur Wohnung der Sessions dahinschritt. (Fortsetzung folgt.)

Sonnabend, den 28. und Sonntag, den 29. Juni in allen Abteilungen Flugblattverbreitung

Wohlfahrts-Etat im Stadtparlament.

Die Deutschnationalen wollen an der Notstandsaktion sparen.

In der gestern fortgesetzten Beratung des Stadthaushalts in der Stadtverordnetenversammlung lehnte beim

Kapitel Schulen

Stadtv. **Schubring** (Komm.) die im Etat ausgesetzten 10 000 M. für Schüleraustauschreisen ab, solange man einen Austausch mit Sowjetrußland ablehne. Das Kapitel **Volksbildung und Kunst** gab dem Stadtv. **Pieck** (Komm.) Gelegenheit, die Streichung des städtischen Zuschusses für die Oper in Charlottenburg zu beantragen. Trotz aller Volksvorstellungen sei die Oper ein Amüsierinstitut kapitalistischer Kreise. Pieck verlangte eine „gute Oper mit gutem Künstlerensemble und gutem Orchester" als Volksbildungsinstitut! Auch den geringen Zuschuß der Stadt zum Ostdeutschen Landestheater, einer als Wanderbühne aufgezogenen produktiven Fürsorge für erwerbslose Schauspieler, beantragte Pieck zu streichen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte im Haushaltsausschuß beantragt, daß die Volksbildungsämter in den Bezirken bei ihren Veranstaltungen künstlerisches Niveau halten sollten. Ebenso spielte die beabsichtigte Uebernahme der sogenannten sozialen Kunstpflege — Volksbühnenvorstellungen u. a. — von der Staatlichen Oper am Platz der Republik auf die Städtische Oper in einem Antrag der Sozialdemokraten eine Rolle. Auch der

Wohlfahrtsetat

gab Veranlassung, sozialdemokratische Verbesserungsanträge einzubringen. Grundlegend ist folgender Antrag:

Der Reichssteuerungsindex hat sich als ungeeignete Grundlage für die Berechnung der Unterstützungsrichtsätze erwiesen. Der Magistrat wird ersucht, im Benehmen mit der Wohlfahrtsdeputation eine andere Berechnungsgrundlage für die Unterstützungsrichtsätze zu ermitteln und bis dahin eine Aenderung der Sätze, die zuletzt im April d. J. galten, nicht eintreten zu lassen.

Die in der letzten Zeit in der Oeffentlichkeit behandelten Vorgänge in städtischen Erziehungsanstalten gab den Sozialdemokraten Veranlassung zu fordern, daß für psychopathische Zöglinge besondere Heime geschaffen werden.

Die zu den Kapiteln Schulen und Volksbildung um 20 Uhr vorgenommenen

Abstimmungen

ergaben die Annahme der Ausschußbeschlüsse, also unter anderem auch der vorgenannten sozialdemokratischen Anträge. Weit über 100 kommunistische Abänderungsanträge wurden dabei in Einzelabstimmungen abgelehnt.

Die Deutschnationalen hatten sich dann für die Weiterberatung des Kapitels Wohlfahrt eine besondere Attraktion aufgehoben: Als Ergänzung zu einem im Haushaltsausschuß angenommenen Antrag, der eine strenge Kontrolle der Zahlungen aus der Wohlfahrtspflege und der Notstandsaktion verlangt, forderten sie, daß

in der Notstandsaktion Ersparnisse von 8,5 Millionen Mark

gemacht werden. Herr **von Jecklin**, der Redner der deutschnationalen Fraktion, drohte, daß seine Fraktion von der Annahme oder Ablehnung dieses Antrages ihre Stellung zum Gesamtetat abhängig machen werde. Stadtv. **Rohde** (Soz.) kündete zur Frage der Aufrechterhaltung der bisherigen Richtsätze bei Wohlfahrtsunterstützungen eine besondere **Erklärung seiner Fraktion** an. Die Antwort auf den deutschnationalen Streichungsantrag, der insbesondere eine finanztechnische Frage sei, werde der sozialdemokratische Fraktionsredner in seiner Etatrede (wahrscheinlich am Donnerstag) geben. Es sei festgestellt, daß bei anderen Gelegenheiten die Deutschnationalen bewilligungsfreudiger seien. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Zustimmung zur Unterstützung privater Wohlfahrtsvereine geschehe aus dem Grunde, weil die Stadt aus Geldmangel eigene Einrichtungen und Institute noch nicht schaffen könne. Stadtv. **Kreuziger** (Soz.) betonte, daß alle angenommenen Verbesserungsanträge zum Titel Jugendwohlfahrt von der sozialdemokratischen Fraktion stammen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie bezogen sich insbesondere auf eine Ausgestaltung der Heime. So sind auf sozialdemokratischen Antrag allein für den Ausbau des Heimes Lindenhof 170 000 M. bewilligt, auch der Ausbau des Heimes Malchow und die Schaffung von Spezialanstalten für psychopathische Jugendliche seien auf sozialdemokratischer Initiative zurückzuführen. — Die Abstimmungen zum Wohlfahrtsetat finden erst in der heutigen Sitzung statt.

Das Urteil gegen Gutmann.

Hat das Gericht zu Recht entschieden?

Gegen das Todesurteil im Gutmann-Prozeß ist, wie bereits berichtet, vom Rechtsanwalt Dr. Frey Berufung eingelegt worden. Ob er damit Erfolg haben wird, erscheint allerdings zweifelhaft. Man hatte nicht den Eindruck, daß Verstöße formeller Natur vorgekommen wären. Unzweifelhaft dagegen ist, daß Gutmann zu einer Zuchthausstrafe begnadigt werden wird. Das Todesurteil selbst kam unerwartet. Man hatte Grund anzunehmen, daß es dem Vorsitzenden, der in so leidenschaftsloser Weise die Verhandlungen geleitet hatte, gelingen würde, ein Urteil zustande zu bringen, das den Ergebnissen der Beweisaufnahme gerecht werden würde. Das ist nun nicht der Fall. Es wird für immer Geheimnis des Beratungszimmers bleiben, ob die Stimmen der Berufsrichter oder die der Schöffen für das Schuldig wegen Mordes entscheidend wurden. Daß aber gerade die Schöffen den Erklärungen des Angeklagten mit Mißtrauen begegneten und während der Verhandlung mehr zur Ansicht des Staatsanwalts hinzuneigen schienen, fiel dem aufmerksamen Beobachter ohne weiteres auf. Die von der öffentlichen Meinung ausgehende Suggestion hatte wahrscheinlich auch auf sie eingewirkt. Denn man konnte in Prenzlau sprechen mit wem man wollte, es hieß immer: Zwei Morde. Diese Version hatte die Polizei zu einer Zeit verbreitet, als eigentlich noch nichts feststand. Die Presse hatte sie aber gierig aufgegriffen, denn sie bedeutete Sensation. Der Oberstaatsanwalt konnte in seinem Plädoyer leichten Herzens erklären, daß der Tod der ersten Frau, der nicht Gegenstand der Verhandlung sei, bei der Beurteilung des zweiten Falles vollständig ausscheiden müsse. Das war kaum anderes als eine Phrase. Der Tod der ersten Frau hatte bereits das seinige für die Schaffung einer Stimmung gegen den Angeklagten getan.

War aber die Tat des Angeklagten Totschlag oder Mord? Auch das wird für immer Geheimnis bleiben. Die Unterscheidungen zwischen Mord und Totschlag, zwischen einer Handlung mit und ohne Ueberlegung sind derart sein, daß in vielen Fällen eine psychologische Deutung sowohl nach der einen wie nach der anderen Seite möglich ist. Die psychiatrischen Sachverständigen sagten aber, es liege höchstwahrscheinlich eine Affekthandlung vor. Die Persönlichkeit des Angeklagten sprach für einen Affekt. Sein Verhalten vor und nach der Tat sprach nicht dagegen. Das Gericht war jedoch anderer Ansicht. Entscheidend für das Urteil wurde die Versicherung. Ueber dieses Indiz sind die Richter nicht hinweggekommen. Wie aber, wenn die Tat nur eine verfrühte Auslösung einer Bereitschaft zur Tat war? So lautete übrigens die Ansicht von Prof. Forster: Der Angeklagte habe mit dem Gedanken zu töten vielleicht gespielt. Im Affekt, d. h. in der Erregung, ist dann der Gedanke Wirklichkeit geworden. Der zum Tode verurteilte Gutmann hat nicht nur den Tod seiner zweiten Frau, sondern auch den seiner ersten Frau mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe zu bezahlen. L. R.

Fabrikbrand am Alexanderplatz.

Durch ein größeres Feuer wurde gestern abend in der Ledermäntel- und Lederjackenfabrik von Balopf in der Neuen Friedrichstraße 66 in nächster Nähe des Alexanderplatzes schwerer Schaden angerichtet. Die Firma hat im vierten Stockwerk des Fabrikgebäudes ihre Werkstätten und Lager. Der Betrieb wurde um 17 Uhr geschlossen. Zufällig kehrte der Betriebsinhaber eine Stunde später noch einmal zurück. Als er die Tür öffnen wollte, drangen ihm dichte Rauchschwaden entgegen. Die alarmierte Feuerwehr rückte unter Leitung des Baurats Gemkow mit drei Löschzügen an und nahm die Bekämpfung des Brandes unter Einsatz mehrerer Schlauchleitungen auf. Ein Lagerraum, der mit wertvollen Lederballen und Stoffen dicht gefüllt war, brannte völlig aus. Die angrenzenden Arbeitsräume sind nur in kleinem Umfange in Mitleidenschaft gezogen worden. Nach dreistündiger Löschtätigkeit konnten die Wehren wieder abrücken. Als Entstehungsursache des Feuers wird Unvorsichtigkeit oder Fahrlässigkeit vermutet.

Allgemeine Wetterlage.

Die Periode abnorm warmen Wetters, die jetzt den ganzen bisherigen Juni umfaßte, scheint jedoch eine Unterbrechung zu erfahren. Kühlen Luftmassen polaren Ursprungs ist es gelungen, in den Kontinent über England einzudringen. Ihr Einbruch ist überall von Gewitterregen begleitet gewesen. Die kühlen Luftmassen, die am Dienstag abend die Elbe erreicht haben, werden am Mittwoch schon unser Wetter beherrschen. Sie dürften eine erhebliche Abkühlung und unbeständiges Wetter bringen.

*

Wetteraussichten für Berlin. Bei südwestlichen bis westlichen Winden kühler, teils wolkig, teils heiter mit Neigung zu einzelnen Gewitterschauern. — **Für Deutschland.** Auch im Nordosten unter Gewitterregen Abkühlung, im übrigen Reiche ziemlich kühl und veränderlich, vielfach Gewitterschauer.

Sport.

Rennen zu Strausberg am Dienstag, dem 24. Juni.

1. Rennen. 1. Kern (Kusserow), 2. Palme, 3. Narrengold. Toto: 34:10. Platz: 27, 27:10. Ferner liefen: Legende (ausgebr.), Sternkunde (ausgebr.).
2. Rennen. 1. Satrap (Kukuljes), 2. Leichte Isabell, 3. Baladin. Toto: 19:10. Drei liefen.
3. Rennen. 1. Rosenquarz (R. Underle), 2. Morgenrot, 3. Digi. Toto: 45:10. Platz: 10, 15, 20:10. Ferner liefen: Finsteraarhorn, Saharet, Ursula, Chalimar, Kißling, Minky, Nark (gef.), Christrose, Micaela.
4. Rennen. 1. Mithridates (Hauser), 2. Nil, 3. Landluft. Toto: 13:10. Drei liefen.
5. Rennen. 1. Othello (Florian), 2. Partie, 3. Treuherz. Toto: 21:10. Platz: 12, 28:10. Ferner lief: Greif an (blieb stehen).
6. Rennen. 1. Majesto (Bählke), 2. Balaton, 3. Ruzilo. Toto: 15:10. Platz: 11, 14, 20:10. Ferner liefen: Angelus, Torania, Rheinsonne, Felsenspitze, Mirim.
7. Rennen. 1. Taugenichts (Weitz), 2. Astrolog, 3. Menelaos. Toto: 35:10. Platz: 12, 13, 13:10. Ferner liefen: Loblied, Mosellaner, Patras, Mia, Ordensregel.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Achtung! Stadtverordnetenfraktion!

Morgen, Donnerstag, 26. Juni, 16 (4) Uhr, wichtige Fraktionssitzung mit den Kreisleitern im Rathaus (Zimmer 109).

Achtung, Parteiveteranen!

Zum Sonnabend, dem 28. Juni, werden alle Parteigenossen, die vor und während des Sozialistengesetzes für die Partei tätig waren, mit ihren Familienangehörigen zum großen Kaffeekochen nach dem „Alten Eierhäuschen" (Inh. Bieler), in Treptow, freundlichst eingeladen. Anfang 14 Uhr. Es ist für uns ein Teil des Gartens reserviert, bei schlechtem Wetter der große Saal. Kaffeekochen frei! Großes Kaffeekonzert. Fahrverbindung: Straßenbahn 35, 83; Autobus 16 bis Rathaus; Straßenbahn 87, 91, 187 bis Dammweg.

*

4. Kreis Prenzlauer Berg. Die Abteilungskassierer werden gebeten, am Donnerstag, dem 26. Juni, die Karten vom „Rast" beim Genossen Krüger, Prenzlauer Allee 144, abzurechnen.

9. Kreis Wilmersdorf. Dienstag, 1. Juli, 16 Uhr, findet eine Besichtigung der Siedlung Ulmenhof der sozialen Arbeitsgemeinschaft Berlin-Ost (Kinderheim, Kindererholungsheim, Haushaltungsschule, Volkshochschulheim), Wilhelmshagen, Bismarckstr. 41, statt. Abfahrt Bahnhof Zoologischer Garten um 15 Uhr. Parteigenossen, die wir bitten, an der Besichtigung teilzunehmen, wollen ihre schriftliche Zusage postwendend dem Genossen Friedenthal, Pariser Str. 1, einsenden.

15. Kreis Treptow. Sonntag, 29. Juni, Volksfest in der Wuhlheide, unter Beteiligung des Reichsbanners, der SAJ., den Kinderfreunden, der FKGB. und der FdA.-Jugend. Gemeinsamer Abmarsch mit Musik um 14 Uhr vom Bahnhof Schöneweide. Anschließend auf der Wiese am Planschteich Konzert, Handball-Werbespiel, volkstümliche Spiele, Schlußkundgebung. Unkostenbeitrag 20 Pf.

17. Kreis Lichtenberg. Voranzeige! Sonntag, 29. Juni, 10 Uhr, Besichtigung des weltlichen Schulgartens in der Rauschestraße. Rege Beteiligung der Genossinnen und Genossen wird erwartet. Treffpunkt 10 Uhr Normannen- Ecke Rauschestraße. **Der Kreisvorstand.**

20. Kreis Reinickendorf. Alle jüngeren Parteigenossen, SAJ.-Mitglieder sowie auch interessierte Parteigenossen, beteiligen sich am Donnerstag, dem 26. Juni, 20 Uhr, an der im „Alten Krug", Tegel, Hauptstraße, stattfindenden Werbeversammlung der Jungsozialistischen Vereinigung. **Der Kreisvorstand.**

Heute, Mittwoch, 25. Juni:

34. Abt. Der Abteilungsabend fällt aus.
136. Abt. Reinickendorf-Ost. Die Abteilungsmitgliederversammlung findet nicht, wie irrtümlich angegeben, im Schützenhaus, sondern im Kastanienwäldchen, Schönholz, statt.

Morgen, Donnerstag, 26. Juni:

34. Abt. 19 Uhr Quartalsabrechnung beim Abteilungskassierer.
53. Abt. 19½ Uhr Sitzung der Abteilungsleitung mit den Zahlabendleitern bei Lux, Huttenstr. 26.
81. Abt. 20 Uhr Mitgliederversammlung im Gesellschaftszimmer des Ratskellers Friedenau, Lauterplatz. Thema: „Preußenpolitik". Referent: Erich Kuttner, M. d. L.
98. Abt. Neukölln. Jugendkommission. 20 Uhr im Idealkasino (Kellerlokal), Weichselstr. 8. Aussprachebend der jüngeren Parteimitglieder. Thema: „Was geht in Indien vor?" (Der Freiheitskampf der Inder.) Referentin: Genossin Dr. Dora Fabian. Gäste willkommen.
99. Abt. Britz-Buckow. Zeitungskommission. Die am 12. Juni ausgefallene Sitzung findet nunmehr am Donnerstag, dem 26. Juni, 19½ Uhr, in der Halle am Hufeisen (Großsiedlung), statt.
104. Abt. Die Bezirksführer müssen bestimmt heute abend abrechnen. Die Revisoren werden gebeten, zur Kassenprüfung am Freitag, dem 27. Juni, pünktlich 19 Uhr, beim Abteilungskassierer zu sein.
139. Abt. Tegel. Wir beteiligen uns an der öffentlichen Versammlung der Jungsozialisten um 20 Uhr im Lokal „Alter Krug".
Königental-Zepernick. 20 Uhr Frauenversammlung im Lokal von Meißel, Königental, Bahnhofstr. 78. Vortrag der Genossin Elfriede Ryneck, M. d. L. „Sozialismus in der Familie."

Frauenveranstaltung.

136. Abt. Reinickendorf-Ost. Die angesagte Helferinnensitzung für Mittwoch, 25. Juni, muß wegen der stattfindenden Abteilungsmitgliederversammlung ausfallen. Am Donnerstag, dem 26. Juni, findet das Kaffeekochen ab 14 Uhr in der „Mühle", Rosenthal, statt. Alle Genossinnen beteiligen sich daran.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

7. Kreis Charlottenburg. Freitag, 27. Juni, 20 Uhr, Rathaus, Sitzungszimmer 5, Aktenbesprechung und Vortrag. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Jungsozialistische Vereinigung Groß-Berlin.

Gruppe Neukölln. Heute, Mittwoch, 20 Uhr, Gruppenabend im Jugendheim Treptower Str. 95—96.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Die Gesundheitsbogen sind sofort in der Zentrale abzugeben. Ohne Gesundheitsbogen wird uns der Fahrscheinantrag nicht ausgehändigt. Die Erholungsbedürftigkeit aller Kinder muß ärztlich bescheinigt sein.

Die Zeltlisten für das Schweizer Lager sofort abgeben. Sie sind notwendig zur Einteilung des Lagers und für die Einteilung zum Transportzug.

Falkenparlament und erweiterter Vorstand kommen am Freitag, dem 27. Juni, **nicht** zusammen.

Am Freitag, dem 27. Juni, ist für das Zeltlager und Munster abzurechnen.

Rotfalkenkursus Munster (Lüneburger Heide). Die mitfahrenden Kreise werden um sofortige Einsendung einer namentlichen Liste aller Kinder und Helfer mit genauer Angabe der Adressen und Geburtsdaten gebeten. Einzusenden an Annemarie Simowski, Berlin SW. 61, Wartenburgstr. 18. Die Liste gilt zugleich als endgültige Anmeldung und wird für die Fahrpreisermäßigung benötigt. Eilt!

Heute, Mittwoch, pünktlich 20 Uhr, Wassertorstr. 9, letzte Vollversammlung aller Rotfalkenhelfer.

Zentrale. Schweizfahrt. Die Helfer, die auf den Paßlisten gestrichen sind und auf Fahrpreisermäßigung unter Zahlung des Fahrgeldes fahren wollen, müssen durch den Kreisleiter bis Freitag, 27. Juni, im Sekretariat gemeldet sein. Bedingung ist ein Alter unter 20 Jahren. Spätere Meldungen werden nicht berücksichtigt.

13. Kreis Tempelhof. Donnerstag, 26. Juni, 20 Uhr, Helfersitzung bei Pommerening, Berliner Str. 100.

Kreis Friedrichshain. Heute, Mittwoch, 18 Uhr, sind alle Gruppen des Kreises Friedrichshain Langenbeckstraße Ecke Landsberger Allee, Spitze zum Sportpark, mit Wimpel und Fahnen, zwecks Teilnahme an der Sonnenwendfeier. Kleidung Falkentracht. Alle Eltern kommen mit. Die Gruppen treffen sich wie folgt: Martha Demmning 17½ Uhr Petersburger Platz, Frankfurter Viertel 17 Uhr Heim Frankfurter Allee 307, Robert Blum 17 Uhr Heim Litauer Straße, Stralauer Viertel 17 Uhr Rudolfplatz, Paul Singer 17½ Uhr Küstriner Platz, Landsberger Platz 17½ Uhr Falkenecke. Morgen, Donnerstag, 18 Uhr, alle Zeltlagerfahrer erscheinen im Jugendheim Litauer Str. 18. Alle Eltern der Zeltlagerfahrer erscheinen 20 Uhr im gleichen Heim.

Kreis Kreuzberg. Elternversammlung aller Zeltlagerteilnehmer der Gruppen Görlitzer Straße, Wrangelstraße, Kottbusser Tor, Wassertorstraße und Süden am Donnerstag um 20 Uhr im Jugendheim.

Kreis Neukölln. Die Vollversammlung findet nicht, wie irrtümlich gemeldet wurde, am Freitag, dem 27. Juni, 18 Uhr, sondern Donnerstag, 26. Juni, in der Kanner Straße im Jugendheim statt. — **Gruppe Hermannplatz.** Eltern der Zeltlagerteilnehmer, Freitag, 27. Juni, 20 Uhr, Besprechung in der Schule Kaiser-Friedrich-Str. 4. — **Gruppe Fritz Reuter.** Am Freitag, dem 27. Juni, 20 Uhr, Elternversammlung in der Schule Parchimer Allee.

Kreis Prenzlauer Berg. Heute, 18 Uhr, Baracken, Danziger Str. 62, Beratung und Entscheidung über die Ausschußanträge durch alle Gruppenleiter.

Gruppe Pankow. Heute, Mittwoch, 18 Uhr, Zusammenkunft aller Zeltlagerteilnehmer, und um 20 Uhr aller Eltern derselben im Bollekeller, Kissingen- Ecke Granitzstraße, Eingang Granitzstraße.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

25. Abt. Die Einäscherung des verstorbenen Genossen Gieloff findet nicht, wie im „Vorwärts" angegeben, um 21 Uhr, sondern um 12 Uhr im Krematorium Gerichtstraße statt.

135. Abt. Karow. Unser bewährter Genosse Karl Panath ist am 22. Juni nach kurzem Krankenlager verstorben. Ehre seinem Andenken. Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, 17 Uhr, auf dem Friedhof in Karow statt. Rege Beteiligung wird erwartet.

Der Elektroskandal in Westfalen.

Hintergründe. — Versäumte Gelegenheiten. — Gefahren. — Auswege.

In der vorigen Woche gab es in der Sphäre des privaten Elektrokapitals Deutschlands und Amerikas eine große Aufregung. Der amerikanische Botschafter Sackett in Berlin hielt auf der Weltkraftkonferenz eine Rede, in der er dem privaten Elektrokapital Amerikas mit der staatlichen Elektrokonkurrenz und gar mit der Verstaatlichung der Elektrowirtschaft drohte, weil das Privatkapital den Elektrokonsum überteuere. Man war mit Händen und Füßen in Berlin darum bemüht, diese Rede Sacketts zu verhindern, denn dieser scharfe Angriff auf die Vorherrschaft des Privatkapitals in der Kraftversorgung war für die amerikanischen Durchdringungsabsichten in Europa und die kapitalistischen Privatisierungspläne in Deutschland ein Schlag ins Kontor, der in Deutschland besonders unangenehm empfunden werden mußte, nachdem das deutsche Bankenkapital sich für die Privatisierung der öffentlichen Kraftwirtschaft stark gemacht hatte und als Steigbügelhalter für die amerikanischen Durchdringungsabsichten in Europa sich jederzeit bereit hält. In diesem Umkreis muß auch der Privatisierungsskandal bei den Vereinigten Elektrizitätswerken Westfalen betrachtet werden, über den wir gestern morgen berichtet haben.

Was sind die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen?

Wir sagten gestern schon, daß die VEW. die größte rein kommunale Elektrogesellschaft Deutschlands ist. Ihr Versorgungsbezirk reicht von Hessen bis zur holländischen Grenze und weit in das Gebiet der nördlichen Wasserkante, es reicht von Dortmund bis Bielefeld. Im Westen grenzt es an das Gebiet des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks, im Osten an das Gebiet des preußischen Elektrotrusts (Preußische Elektrizitäts-A.-G.). Von 1923 bis 1928 ist die Stromerzeugung riesenhaft in diesen von rein kommunalen Werken beherrschten westfälischen Gebieten gestiegen, nämlich von 149 Millionen auf 528 Millionen Kilowattstunden, und im Jahre 1929 wurde eine Erzeugung von 625 Millionen Kilowattstunden erreicht. Die Werke waren immer rentabel. 1928 wurden außer kommunalen Abgaben von 3,04 Millionen Mark auf 47,5 Millionen Mark Kapital 8 Prozent Dividende verteilt; im Laufe der Jahre wurde auf ein Anlagevermögen von 175 Millionen Mark außerdem ein Abschreibungsfonds von 58 Millionen gebildet.

Freilich sind die Werke der Schwerindustrie ein sehr wichtiger Stromkäufer. Auf 873 hauptsächlich schwerindustrielle Großabnehmer kamen allein 215 000 Kilowatt Anschlußwert, während auf die 242 000 Kleinabnehmer im Jahre 1928 ein Anschlußwert von nur 239 000 Kilowatt entfiel. Begreiflich, daß diese große Bedeutung der industriellen Großabnehmer den Wunsch des schwerindustriellen Kapitals verstärkt, den Einfluß auf das kommunale Werk auszudehnen, woraus die schon oft gemeldete und nicht bestrittene Neigung der Vereinigten Stahlwerke, des privaten Großaktionärs im RWE., sich erklärt, die Vereinigten Elektrizitätswerke in Westfalen unter ihre Herrschaft zu bringen.

Die riesige Ausdehnung der Stromerzeugung bei den VEW. hat begreiflicherweise viel Geld gekostet. Die 1928 vorgenommene Kapitalserhöhung von 40 Millionen auf 60 Millionen Mark konnte nicht genügen, und auch über die 20-Millionen-Dollaranleihe von 1928/29 hinaus mußten noch Bankkredite aufgenommen werden, die heute wohl einen Betrag von 70 Millionen Mark erreicht haben dürften. Im Jahre 1929 wurde eine neue Kapitalserhöhung von 60 Millionen auf 75 Millionen Mark beschlossen, die aber bisher nicht durchgeführt wurde, da die kommunalen Anteilseigner durch die Verschlechterung der Wirtschaftslage und durch die systematische Diskreditierung des öffentlichen Kredits, auch im Gefolge der seitdem entfesselten Privatisierungskampagne, die entsprechenden Kapitaleinzahlungen nicht leisten konnten. Es kommt hinzu, daß unter der verantwortlichen Leitung der Generaldirektoren Krohne und Fischer manche kostspielige Kapitalanlage durchgeführt wurde (Zechenkäufe und Gründung von Gasversorgungsgesellschaften), die bei erheblicher Belastung mit kurzfristigen Krediten entweder Verluste brachten oder erst auf lange Sicht rentabel werden können.

Finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten?

So waren es ein natürlicher Zwang zur Expansion, eine künstliche Hemmung der Kapitalversorgungsmöglichkeiten und endlich eine zunächst unfruchtbare und kostspielige Konzernausdehnung, die starken Kapitalbedarf hervorriefen und zugleich die Finanzierung der VEW. erschwerten. Diese Situation ist es nun, in der, teils im Bewußtsein eigener Schuld, teils aus Wahlverwandtschaft mit privatkapitalistischer Gesinnung, die Generaldirektoren des VEW. unter Rückstellung des öffentlichen Interesses sich dem deutschen mit dem Ausland zusammenarbeitenden Bankenkapital 100prozentig in die Arme zu werfen beschlossen.

Zweifellos werden die Dinge jetzt so dargestellt werden, als ob den VEW. wegen ihrer drückenden Finanzlage und wegen der Kapitalbeschaffungsschwierigkeiten der Kommunen kein anderer Weg als der der überwiegenden Privatisierung übrig bleibe; kein anderer Weg als die Annahme jenes Vertrages, der sofort den Banken 10 von 20 Aufsichtsratsmitgliedern zuweist, den kommunalen Einfluß auf die Dauer wirkungslos macht, die Kommunen ihrer Einnahmen aus ihren Werken beraubt und die Voraussetzungen zerstört, unter denen allein, soweit Westfalen in Frage kommt, der Aufbau einer einheitlichen deutschen Elektrowirtschaft unter entscheidender deutscher Führung gefördert werden kann. Ebenso zweifellos werden die finanziellen Schwierigkeiten heute ernster dargestellt werden, als sie es in Wirklichkeit sind. Wir erinnern aber: Mitte Dezember 1929 hat die Verwaltung der VEW. erklärt, daß sie zwar erheblichen Kapitalbedarf habe, daß aber keine Rede „von irgendwelchen wirtschaftlichen oder finanziellen Schwierigkeiten" sein könne. Für die Kapitalaufnahme bestehe noch genügend Raum, nachdem das amerikanische Anleihekonsortium (Harries Forbes und Speyer-New-York) bei der Gewährung der 20-Millionen-Dollaranleihe eine Generalhypothek auf 50 Millionen Dollar genommen habe. Es sei eine Anleihe von 10 Millionen bis 12 Millionen Dollar vorbereitet, die nur wegen der Schwierigkeiten am amerikanischen Kapitalmarkt hinausgeschoben sei, aber im Frühjahr (1930) sicher aufgelegt werden könne. Freilich werde wegen der schwierigen Finanzlage erwogen, ob man nicht bei einer notwendigen Kapitalerhöhung auch das Privatkapital beteiligen müsse.

Man muß staunen darüber,

daß heute von dieser damals sicher erwarteten Anleihe keine Rede mehr ist, daß jetzt die Privatbanken Großaktionäre werden müssen, um die Anleihe zu ermöglichen, und daß die Entkommunalisierung als ungeheuerlicher Preis für die Lösung der Finanzfragen gezahlt werden soll.

Man muß um so mehr darüber staunen, als die Verwaltung der VEW. offensichtlich bewußt Gelegenheiten beiseite geschoben hat und beiseite schiebt, die Finanzierungsfrage in einer Weise zu lösen, die die gesamtwirtschaftlichen Interessen auf elektropolitischem Gebiet nicht in so gefährlicher Weise in Frage stellen, wie es durch den Bankenvertrag geschieht. Herr Krohne ist Vorsitzender der Interessengemeinschaft kommunaler Elektrizitätswerke, die VEW. sind Mitglied in der A.-G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft-Berlin, die sich den einheitlichen Aufbau der deutschen Kraftwirtschaft zum Ziele gesetzt hat. Es hätte sich von selbst verstehen müssen, daß die Verwaltung der VEW. alle Möglichkeiten restlos auszuschöpfen sucht, die durch ein Zusammenwirken der Mitglieder der A.-G. für deutsche Elektrizitätswirtschaft, zu denen auch der benachbarte Elektroriese Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk und der Preußische Elektrotrust gehören, zu schaffen sind. Herr Krohne und Herr Fischer haben es aber merkwürdigerweise für richtig gehalten, die elektropolitische Selbständigkeit Westfalens in einem Vertrag mit dem privaten Bankkapital sichern zu wollen, in einem Vertrag, der wegen der Unkontrollierbarkeit der Bankenpolitik in die ganze westdeutsche Elektrowirtschaft einen Unsicherheitsfaktor hineinbringt, der alle Hoffnungen auf eine rationelle Elektrowirtschaft im industriellen Westen zerschlagen kann.

Unter diesem Gesichtspunkt liegen auch die gesamtwirtschaftlichen Interessen und Pflichten Preußens klar, der Verwaltung der VEW. in den Arm zu fallen und auf der anderen Seite die fruchtbaren Möglichkeiten des REW., das ja doch zu 75 Proz. öffentlich genannt werden muß, im Interesse einer einheitlichen westdeutschen Elektrowirtschaft die Entwicklung in Westfalen zu beeinflussen (ohne aber, was wir immer kritisieren mußten, die schwerindustriellen Privatinteressen den öffentlichen Interessen voranzustellen). Die unbestritten großzügige Elektropolitik im REW. dürfte schon von sich aus nicht zulassen, wenn sie richtig beraten ist, daß den Banken ein Einfluß gewährt wird, der wegen seiner Unkontrollierbarkeit von höchster Gefährlichkeit werden kann.

Was wollen denn die Banken mit diesem Vertrag?

Die Banken haben gegenwärtig keine gute Zeit. An normalen Kreditgeschäften verdienen sie wenig, die Börse ist kaputt. Klotzig verdient werden kann aber an großen Aktienpaketen der sogenannten und im Ausland sehr geschätzten „Public utilities", in diesem Falle der 60 Millionen jungen VEW.-Aktien, für die man sich eine sichere Vorzugsdividende garantieren läßt, und in denen auf die Dauer, weil der Elektrowirtschaft die Zukunft gehört, ebensowenig ein Risiko steckt, wie in den öffentlichen Elektrowerken gewährten Krediten. Für diese erhofften Riesengewinne aus dem großen VEW.-Aktienpaket haben die Banken von vornherein jede Gefährdung dadurch auszuschließen gesucht, daß sie jedes Vorkaufsrecht der kommunalen Anteilseigner am VEW. für die jungen Aktien grundsätzlich abgelehnt haben. Es kann keinen besseren Beweis geben, als diese Ablehnung des Vorkaufsrechts dafür, daß die Banken mit jedem ihr Aktienpaketgeschäft machen wollen und werden, der ihnen den höchsten Preis zahlen wird.

Das aber ist unter deutschen elektropolitischen Gesichtspunkten eine öffentliche Gefahr, die abgewendet werden muß.

Verhandlungskämpfe in den VEW.

Bei Redaktionsschluß erfahren wir, daß die um 6 Uhr abends begonnenen Verhandlungen der Generalversammlung der VEW. über den Bankenvertrag um 10 Uhr noch andauerten. Das läßt auf ernste Kämpfe gegen die Verwaltungsvorschläge schließen.

Kugellager in Deutschland.

Der Schwedenkonzern-Bericht für 1929. — Motorenfabrikation in Schweinfurt.

Eine etwas schleierhafte Gewinnrechnung legen die Vereinigten Kugellagerfabriken A.-G.-Berlin für das Geschäftsjahr 1929 vor. Die Gesellschaft hat heute in Deutschland eine monopolartige Stellung auf dem zukunftsreichen Gebiet der Kugellagererzeugung. Fast den gesamten Bruttogewinn von 8,58 Millionen läßt die Verwaltung auf der Ausgabenseite in einem Posten Abschreibungen, Zinsen und Unkosten ungegliedert verschwinden, der mit 7,76 Mill. erscheint. Eine Dividende kommt aus dem ausgewiesenen Reingewinn von 0,21 Mill. Mark nicht zur Verteilung; das Unternehmen hat andere Möglichkeiten, seine Gewinne, und zwar unter Schonung des Steuerkontos, an die Stockholmer und Schweinfurter Großaktionäre gelangen zu lassen.

Die Zusammenfassung der Kugellager-Produktion in den Werken Cannstatt und Schweinfurt ist jetzt anscheinend beendet. Ueber die Aufnahme der Motorenfabrikation im Schweinfurter Werk macht die Verwaltung keine näheren Angaben. Aus Aeußerungen, die der Aufsichtsratsvorsitzende Sachs vor einiger Zeit machte, ist jedoch zu schließen, daß die Belieferung des Nürnberger Ardiewerkes mit Motorrad-Motoren und die Erzeugung von Fahrrad-Hilfsmotoren demnächst beginnen werden. Auf die von uns früher ausgesprochene Vermutung, daß weitere Lieferabkommen mit Motorradfabriken geplant sind, deutet erneut die Zuwahl von Geh.-Rat Neumeyer-Nürnberg in den Aufsichtsrat der Vereinigten Kugellagerfabriken hin; Neumeyer besitzt die Anteilsmehrheit der Motorradfabrik „Zündapp" G. m. b. H., ist Aufsichtsratsmitglied u. a. bei den Nürnberger Herkuleswerken und steht im übrigen der Gute-Hoffnungs-Hütte sehr nahe. „Herkules" hat bis jetzt, ebenso wie Ardie, englische Jap-Motoren und Burman-Getriebe eingebaut.

Wie weit die Absichten des Schwedentrustes auf dem Gebiete der Motorenfabrikation gehen, wird sich wohl schon in der nächsten Zeit zeigen. Das Expansionsstreben der sächsischen „DKW." (Framo-Audi-Schüttoff) -Gruppe, die als Fabrikantin von Motorradteilen dem Trust Konkurrenz macht, und Lizenzverträge wie der jüngst zwischen „Triumph" und „Motosacoche" (eine Genfer Motorenfabrik) abgeschlossene, beschleunigten den Konzentrationsprozeß in der Motorradindustrie und damit die Klärung der Absichten des Kugellagertrusts.

Die ungenügende Eisenpreissenkung.

Die Avi-Rabatte werden herabgesetzt!

Einhellig herrscht die Ueberzeugung, daß die bisherige Senkung der Eisenpreise ungenügend ist. Der „Vorwärts" hat nachgewiesen, daß dazu die vorgenommene Eisenpreissenkung nur für 50 Proz. der deutschen Eisenproduktion Gültigkeit hat. Die schwerindustriellen Blätter haben das schließlich nicht mehr zu bestreiten gewagt. Es gab in der eisenverarbeitenden Industrie Optimisten, die gehofft haben, daß wenigstens die sogenannten Avi-Rabatte, das sind die Preisvergütungen für das zu Exportwaren verwendete Eisen nicht verkürzt werden. Sie haben unrecht behalten.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung" bringt in recht bescheidener Aufmachung die Meldung, daß die am 3. Juli stattfindende Monatsversammlung der Deutschen Rohstahlgemeinschaft und ihrer Unterverbände deshalb eine besondere Bedeutung habe, weil auf ihr auch die Herabsetzung der Avi-Rabatte als notwendige Folge der Senkung der Eisenpreise beschlossen werden müsse. Die „Bergwerks-Zeitung" fühlt sich bei dieser Ankündigung nicht wohl. Es lasse sich zunächst nicht sagen, so fügt sie hinzu, ob in der Verminderung der Avi-Rabatte die völlige Differenz zwischen den früheren und den jetzigen Inlandspreisen zum Ausdruck kommen werde.

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung", die den „Vorwärts" nicht hämisch genug wegen seiner Feststellung angreifen konnte, daß die Preissenkung absolut unzulänglich sei, ist jetzt sehr bescheiden geworden. Wird diese Bescheidenheit für das Reichswirtschafts- und das Reichsarbeitsministerium nicht der Anlaß sein, bei der Nachprüfung der vorgenommenen Preisermäßigung noch gründlicher zu verfahren? Wir warten übrigens schon lange auf eine Stellungnahme des Reichswirtschaftsministeriums zum Ausmaß der vorgenommenen Preissenkung.

Ein deutscher Baumwolltrust.

Interessengemeinschaft Hammersen-Dierig.

Eine der günstigen Wirkungen der Fusion zwischen der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft scheint die Beilegung des alten Kampfes zwischen dem Hammersen-Konzern, Osnabrück, und dem Dierig-Konzern, Langenbielau, zu sein, die in der deutschen Baumwollindustrie eine ausschlaggebende Stellung einnehmen. Die beiden Konzerne schließen sich jetzt in einer sehr engen Interessengemeinschaft zusammen, die man als eine nur der Form nach noch nicht vollzogene Verschmelzung ansehen darf. Das gemeinsame Kommuniqué der Konzerne erklärt, daß die zunehmende Verschlechterung in der Baumwollindustrie eine Fortsetzung des Kampfes zwischen den beiden größten Unternehmungen nicht empfehle, und wenn auch Gründe für die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Gesellschaften sprechen, so solle doch die fabrikatorische Kapazität der beiden Gesellschaften gegenseitig dienstbar gemacht werden. Man werde dann auch an die sonstigen Rationalisierungsaufgaben der deutschen Baumwollwirtschaft herangehen können.

Unter volkswirtschaftlichem Gesichtspunkt — die rechtliche Selbständigkeit ist unerheblich — erfolgt hier praktisch die wichtigste Fusion der Baumwollindustrie der letzten Jahre und die Schaffung eines mächtigen Trusts.

Der Verschmelzung erfolgt derart, daß die Christian Dierig A.-G. ihr gesamtes Aktienkapital in die dem Hammersen-Konzern gehörende Deutsche Baumwoll A.-G. (Debag) einbringen wird, daß letztere ihr Sechsmillionenkapital um 33 auf 39 Millionen Mark erhöht, und daß von den neuen Aktien 25,62 Millionen der Dierig-Gruppe überlassen werden. Aus den überschießenden neuen Debag-Aktien werden dann auch die letzten Hammersen-Verwaltungsaktien in Debag-Aktien umgetauscht, so daß mit den Dierig-Aktien auch die Hammersen-Aktien verschwinden werden. Kapitalmäßig wird die Gruppe Dierig im neuen Trust die Führung haben, da ihr etwa 65 Proz. des Kapitals der Debag gehören werden.

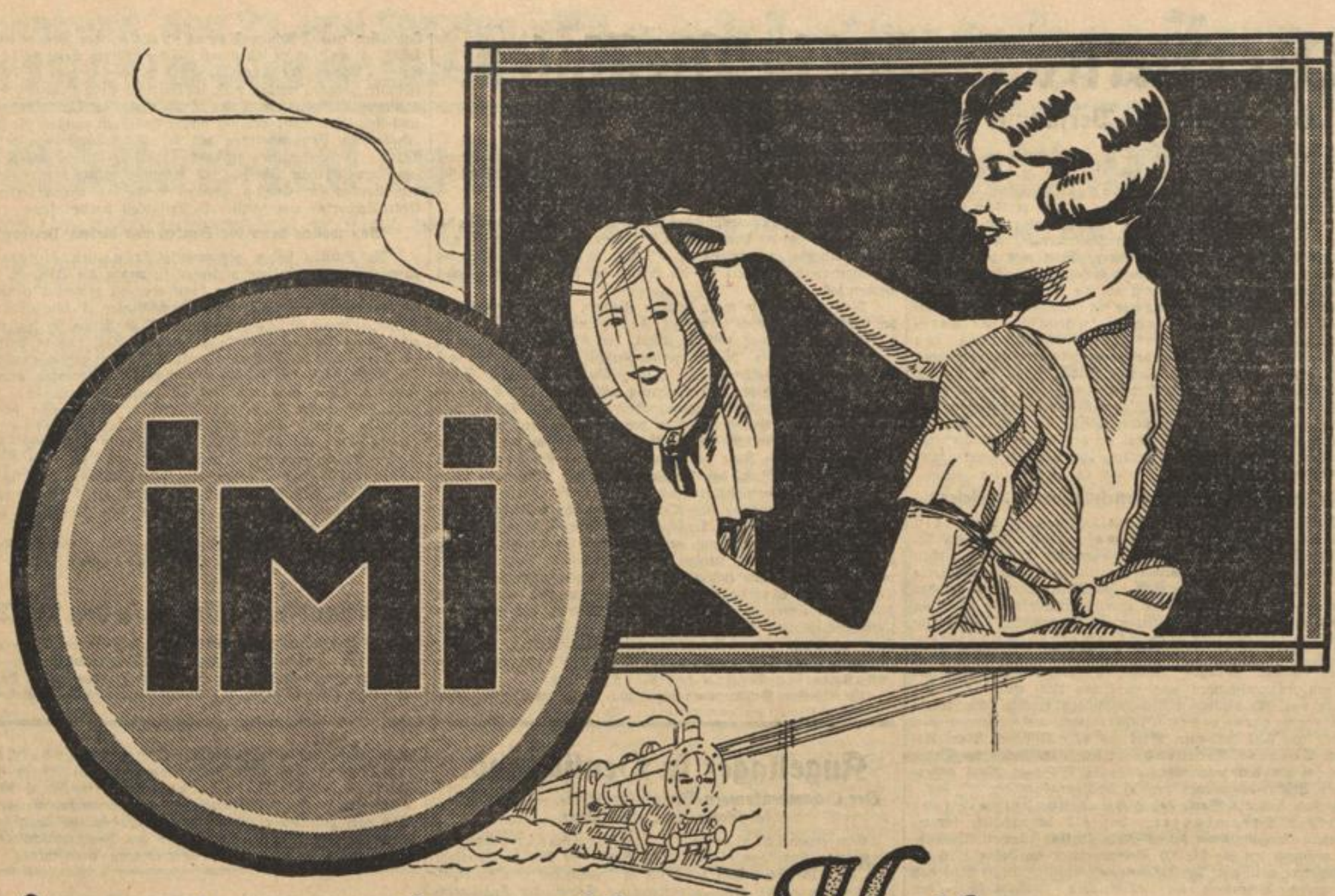
Reichspost verlangt Preissenkung.

Am Freitag will sich der Verwaltungsrat der Reichspost mit den zusätzlichen Bestellungen beschäftigen, die an die Industrie hinausgegeben werden sollen. Es heißt, daß der Reichspostminister die Auftragserteilung von der Verpflichtung der Lieferfirmen abhängig machen will, „im Rahmen der Lohn- und Preissenkungsaktion" einen Preisnachlaß von 10 Proz. vorzunehmen und auf Grund der Bestellungen neue Arbeiter einzustellen.

Wir haben nichts dagegen, daß die Reichspost auf die ihr gemachten Preise drückt; es ist bekannt, daß die führenden Werke der Schwachstromindustrie an den Reichspostlieferungen ganz ungeheuerlich verdienen. Die Preissenkung wäre also von den Werken zu ertragen. Wenn aber von einer Preissenkung „im Rahmen der Lohn- und Preissenkungsaktion" die Rede sein soll, so fragen wir die Reichspost, ob sie damit den Lieferwerken das Recht geben will, die verlangte Preissenkung von einer Lohnsenkung abhängig zu machen. Das wäre ein Uebergriff, den man sich von der Reichspost verbitten müßte.

Die Konvention über die Ein- und Ausfuhrverbote wurde vom Senat der Tschechoslowakei in beiden Lesungen angenommen.

Weiße Zähne: Chlorodont



ist der schnellste Helfer,

der je für Sie erdacht wurde!

Das ist keine Übertreibung! Sie werden es selbst bestätigen, wenn Sie iMi zum täglichen Geschirrabwaschen benutzen, wenn Sie iMi zur Reinigung aller stark verfetteten Haus- und Küchengeräte aus Glas, Porzellan, Metall, Holz und Stein versuchen, wenn Sie sehen, wie rasch iMi das Fett auflöst und strahlende, blitzende Sauberkeit zurückläßt, wenn Sie sehen, wie vielseitig diese neuartige Hilfe ist, die alles viel schöner und gründlicher macht als je ein anderes Mittel zuvor. Prüfen Sie bitte

1 Eßlöffel iMi auf 10 Liter heißes Wasser = ein Eimer, so ergiebig und sparsam!

John Galsworthy: Ueberfahrt

Mac Creedy galt als achtbarer Mann, war aber dennoch ein Ausgestoßener in seinem Dorfe.

Es lag nichts gegen ihn vor; im Gegenteil, er hatte die Stelle eines Fährmanns bei dem Schloßbesitzer inne und erklärte allnächtlich im Wirtshaus: hätte er nicht ordentlich danach gesehen, daß ihm sein Recht werde, so wäre er nur ein angestellter Diener geworden, „mit einem fixen Lohn, versteht ihr, ohne jede Aussicht, einen Penny auf ehrliche Weise herauszuschlagen".

Er schlug die Pennys dadurch auf ehrliche Weise heraus, daß er jedermann, der nicht zur Schloßfamilie gehörte, eine Sechspencegebühr für die Ueberfahrt auferlegte. Allnächtlich verkündete er in der Schenke, die Adeligen hätten sich zusammengetan, um die Armen um ihre Rechte zu prellen; aber trotzdem ihn derlei Reden hätten populär machen müssen, sagte den Dorfleuten doch ein unbestimmtes, geheimnisvolles Empfinden, daß er ihnen geistig fremd blieb. Niemand hörte ihn je einen Einwand gegen dieses ungeschriebene, von keinem geäußerte Urteil erheben, niemand wußte, ob es ihm überhaupt bekannt war. An stillen Abenden konnte man ihn unter dem bewaldeten, felsigen Abhang in seinem Boot auf dem Schloßteich sitzen sehen, als brüte er über geheimem Unrecht. Er sang auch, aber nur ein einziges Lied, den „Müller von Dee", das er bei jeder Gelegenheit hören ließ: bei der Anstrengung, es auch richtig herauszubringen, verzog er den Mund unter dem braunweißen Schnurrbart, was seinem Gesicht ein drolliges Aussehen verlieh. Die Leute oben auf der Schloßterrasse konnten ihn bei Nacht das Lied mit ganz besonders klangloser Stimme singen hören, wenn er wieder über den Fluß zu seinem Häuschen zurückfuhr.

Niemand wußte genau, wo er herkam, obzwar manche von Irland sprachen; andere redeten von Schottland, und ein Mann, der Phantasie besaß, war der Ansicht, daß er isländischer Herkunft sei. Dieses Geheimnis nagte an den Herzen der Bauern des Dorfes — des Dorfes mit den weißgetünchten Häuschen, mit der feinen Krone von Rauch, die immerzu darüber schwebte, und seinem harten nördlichen Akzent. Auch war Mac Creedy sehr knickerig in Geldsachen — niemand wußte, ob er viel Geld oder wenig hatte.

Einmal zeitlich im Frühjahr ersuchte er um Urlaub und verschwand auf einen Monat. Er kam mit einer Frau zurück, einem jungen, blassen Ding, das einen südlichen Akzent sprach. Eine interessante Person, diese Frau Mac Creedy, sehr still und von einem Benehmen, in dem etwas unbewußt Ironisches und Unterwürfiges lag.

An manchem Maimorgen konnte man ihre schlanke Gestalt, die so aussah, als könnte sie plötzlich an der Taille auseinanderbrechen, im Garten bemerken, wie sie die Wäsche zum Trocknen aufhing und sich über die Gemüsebeete bückte, während Mac Creedy ihr vom Türeingang aus mit der Miene des Besitzers zusah. Vielleicht erblickte er in ihr ein Symbol des Sieges, des Sieges über seine Einsamkeit; vielleicht erblickte er in ihr nur einen Zuwachs seines in einem Strumpf verborgenen Kapitals. Sie schloß keine Freundschaften, denn sie war Mac Creedys Frau und kam aus dem Süden; auch wünschte es Mac Creedy nicht. War er fort, dann ruderte sie das Boot hinüber, und nachdem sie die Fahrgäste ans Land gesetzt hatte, verharrte sie regungslos über die Ruder gebeugt und starrte den Leuten nach, als wollte sie noch so lange wie möglich dem Geräusch ihrer Tritte lauschen; dann setzte sie wieder langsam über den Wirbel des silbrigen, dunklen Wassers, band das Boot fest und stand da, sich die Augen mit der Hand beschattend. Mac Creedy ging zwar des Abends noch immer in die Schenke, sprach aber nie von seiner Frau, und man bemerkte, wie er jedermann mit seinen runden Augen anstarrte, der sich nach ihr erkundigte. Es sah aus, als verdächtige er das Dorf, es wolle sie ihm wegnehmen. Der gleiche Instinkt, der ihn sein Geld in einem Strumpf verbergen ließ, hieß ihn auch sein Weib verstecken. Niemand gab ihm etwas, niemand sollte sein Eigentum anrühren!

Der Sommer kam heran, erglühte in Fülle und verging wieder; das Laub begann zu fallen. Der Fluß strömte, besät von roten Blättern, hin, und bei der Feuchtigkeit des Herbstes verlor sich das Dorf gar oft in seinem weichen Nebel von Rauch. Mac Creedy wurde immer weniger zänkisch, kam nur selten noch ins Wirtshaus, und inmitten seines Trunkes stellte er oft das Glas hin und ging fort, als hätte er etwas vergessen. Die Leute sagten, Frau Mac Creedy sähe unglücklich aus; Sonntags ging sie nicht mehr in die Kirche. Mac Creedy selbst hatte nie einen Gottesdienst besucht.

Eines Tages erzählte man sich im Dorf, daß Frau Mac Creedys Mutter erkrankt sei, daß Frau Mac Creedy selbst fortgegangen wäre, um sie zu pflegen; und tatsächlich sah man ihre Gestalt nicht mehr im Garten unter dem Abhang. Mac Creedy wurde jetzt häufig nach seiner Schwiegermutter gefragt, denn die Frage schien ihn zu ärgern. Dann wandte er den Kopf, gab dem Boot mit den Rudern einen heftigen Ruck und erwiderte: „O, 's geht ihr schon ein wenig besser!"

Vielleicht wurde er es müde, diese fortwährenden Fragen zu beantworten — er gab es gänzlich auf, in die Schenke zu gehen, und allabendlich, wenn die Schatten der Wälder dunkel auf das Wasser fielen, konnte man ihn sehen, wie er über den Rand seines Bootes in das tiefe Seitenwasser unter seinem Haus, wo der Kahn befestigt lag, hinabstarrte; die Töne seines Lieblingsliedes klangen nicht mehr über den Fluß. Die Leute sagten: „Er vermißt seine Frau!" Und zum erstenmal, seit er in ihrer Mitte weilte, kam ein fast warmes Mitgefühl für ihn im Dorfe auf.

Aber eines Tages in der Frühe fischte der Forstgehilfe, der schon lange etwas gegen Mac Creedy hatte, nach einer Stunde emsigen Suchens Frau Mac Creedy aus dem Grund des Seitenwassers. Sie war fein säuberlich in einen mit Steinen beschwerten Sack eingenäht, und ihr Gesicht war schwarz. Man beschuldigte Mac Creedy der Tat, er weinte, schwieg jedoch. Er wurde ins Grafschaftsgefängnis befördert.

Bei seinem Verhör blieb er stumm und wurde für schuldig befunden. Unter anderem wies man ihm nach, daß Frau Mac Creedy keine Mutter mehr gehabt hatte.

Während er darauf wartete, aufgeknüpft zu werden, ließ er den Kaplan kommen und gab die folgende Erklärung ab:

„Pfaff", sagte er, „mir ist's ganz einerlei, was du zu sagen hast — du wirst mehr als genug schwätzen können, wenn's mit mir vorbei ist. Nicht zu dir red' ich oder zu jemand Bestimmtem, ich bin hier eben einsam; 's ist mir ein wahrer Genuß, wieder einmal ein ander Gesicht sehen zu können als das des triefäugigen alten Kerkermeisters. Ich glaub' nicht, daß du nur um ein Haar besser bist als ich, aber tät ich's auch, was könnt es nützen? Ich muß ja mit mir selbst Frieden machen. Mensch, glaubst du, ich wäre unabhängig geblieben, wenn ich auf deinesgleichen gehört hätt? Dort unten haben sie ja nie ein gutes Wort für mich gehabt, die Adeligen waren ebenso nichts nutz wie die übrigen — das Narrenvolk! Und warum haben sie kein gutes Wort für mich gehabt? Nur deshalb, weil ich immer ein unabhängiger Mensch gewesen bin. Sie werden dir erzählen, ich war geizig — schmutzig heißen sie's —, und warum war ich geizig? Weil ich gewußt hab, daß sie alle gegen mich sind. Warum hätt ich ihnen auch was geben sollen? Sie haben ja nur darauf gelauert, mir was wegzuschnappen! Sie werden sagen, ich hab von meiner Frau nichts gehalten; aber, Pfaff, das ist erlogen — sie war ja alles, was ich gehabt hab! So gewiß wie ich jetzt zu dir red — hätt ich nicht getan, was ich getan hab, so gewiß hätt ich sie auch verloren. Den ganzen Herbst schon hat mir's vorgeschwebt. Ich gehöre nicht zu den Schwächlingen, die einer Sache nicht grad ins Gesicht sehen wollen; mich könnt ihr nicht mit schönen Redensarten abspeisen. Ich frag dich: Wenn du einen Diamanten hättest, möchtest du ihn nicht tausendmal lieber ins Meer schleudern als ihn dir stehlen lassen? Du weißt recht gut, du tätest's! Na, sie ist ja tot; und bald bin ich's auch, wenn sie mir's Leben aus dem Leibe quetschen. Pfaff, geh mir nicht davon und plapper es aus, sie hätt unrecht getan. Sie hat nie unrecht getan, hat ja keine Zeit mehr dazu gehabt. Ich will nicht, daß du sie um ihren guten Ruf bringst, wenn's aus ist mit mir und ich sie nimmer verteidigen kann. Aber, aber gewiß war's, wie Amen im Gebet, daß sie's getan hätt; es wäre so gekommen, verstehst du? Ja, ich hab sie verlieren müssen; und ich will dir erzählen, wie ich mich davon überzeugt hab.

(Schluß folgt.)

Rudolf Lämmel: 25 Jahre Relativitätstheorie

Im Jahre 1905 hatte Albert Einstein endlich die Arbeit fertig, er sandte sie an die Redaktion der „Annalen der Physik". Er dachte, dies sei nun eine ganz nette Arbeit, die er geschrieben. Und die Welt wußte noch nichts davon. Diese Arbeit aber war es, die Einsteins unsterbliche und — bis heute — wichtigste Leistung enthüllte, die im Spätsommer 1905 unter die Wissenden nicht anders denn wie eine Bombe einschlug. Einstein war nach Absolvierung seiner Studien als Fachlehrer am Züricher Polytechnikum nach Bern gekommen, wo man ihm eine Stellung als physikalischer Sachberater im eidgenössischen Patentbüro verschafft hatte. Niemals hat ein Patentamt einen merkwürdigeren und gelehrteren Sachberater für physikalische Fragen gehabt. Einstein ging den Erfindungen mit dem gleichen kühlen und unberührten Mut entgegen wie den Dogmen der Wissenschaft.

In vielen Köpfen rumorte damals der Geist der Epoche. Man ging aufs Ganze. Die Schule von Ernst Mach hatte gewirkt, man sah den Dingen mit Skepsis und gelinder Schadenfreude ihre schwachen Seiten ab. Einstein ging auf dieses Ziel rein praktisch vor, indem er — ähnlich wie einst Robert Mayer — die vorhandenen und allgemein bekannten Tatsachen ausdeutete und „richtig" wertete. Mit seinen 26 Jahren brachte er noch genug Mut auf, einen merkwürdigen unsichtbaren Ring zu sprengen, ohne daß man seiner gewahr wurde: Einsteins wissenschaftliche Großtat von 1905 ist die Befreiung des wissenschaftlichen Denkens vom Vorurteil, daß es eine absolute Zeit gebe.

Ein Vierteljahrhundert ist wenig im Leben einer neuen Lehre. Aber die Entwicklung der Relativitätstheorie gleicht dem Erscheinen eines neuen Himmelskörpers: überraschend schnell entwickelte sich ein zwischen Physik, Geometrie, Mathematik und Philosophie gelegenes Gebiet, eine geradezu ketzerische Idee bildete die Grundlage der neuen Lehre. Was hatte Newton einst gelehrt? Die Zeit ist für sich absolut in der Welt und verfließt ohne Beziehung zu irgendwelchen anderen Dingen in der Welt. Und Kant gab dieser Vorstellung das starre Gewand philosophischer Wortbekleidung: Zeit ist die formale Bedingung aller Erscheinungen überhaupt! Freilich, wenn wir heute, 25 Jahre nach Aufstellung der Einsteinschen Lehre, Kant nochmals genauer lesen, so können wir aus dem klugen Herrn auch schon die handgreifliche Vorahnung der Entthronung des Zeitbegriffs herauslesen: in der Transcendentalen Aesthetik sagt Kant, daß wir die „Bedingung zur Sinnlichkeit" nicht hätten, wie jene Dinge, die uns als Veränderungen erscheinen, als eine solche Erkenntnis begreifen würden, in der die Vorstellung der Zeit oder Veränderung nicht vorkommt. Aber sicher war es nicht Kant, dem Einstein die Anregung verdankt, den Begriff der Zeit zu „relativieren", sondern dies war ein Gedanke, mit dem die Jahrhundertwende eben schwanger ging. In Frankreich arbeitete Poincaré, in Holland H. A. Lorentz am gleichen Problem. Im selben Jahre 1905, als Einsteins Arbeit erschien, veröffentlichte auch Poincaré eine Arbeit über die „Dynamik des Elektrons", worin er zu fast den gleichen Formeln gelangt wie Einstein. Und Ende 1904 hatte Lorentz in einer Amsterdamer Zeitschrift in englischer Sprache etwas veröffentlicht, wovon weder Poincaré noch Einstein wußten, und was sehr nahe an beider Auffassung herankam. Doch hat sich Einsteins Arbeit von der französischen und holländischen durch etwas unterschieden, was später Minkowski auf die einfache Form gebracht hat: Einstein setzte $t = t'$, d. h. aus der mathematischen Sprache übersetzt: er setzte eine von Poincaré und Lorentz benutzte Hilfsgröße t' einfach gleich der wirklichen und gewöhnlichen Zeit. Damit band er die Zeit an die übrigen Dinge dieser Welt, er führte also eine für die Beobachter von Vorgängen geltende Zeitskala ein, die nicht mehr absolut war, sondern von jenen Vorgängen selbst diktiert wurde. Da geschahen also die Ereignisse nicht mehr in der Zeit, sondern es wurde nun so, daß sich aus den Ereignissen heraus etwas ableiten ließ, was passenderweise als die „wirkliche Zeit" bezeichnet werden konnte. Diese wirkliche physikalische Zeit entthronte die nur in der Einbildung der Menschen lebende phylosophische absolute Zeit — wenigstens für die Physik. Denn die „Frankfurter Zeitung", das philosophisch reaktionäre Blatt Deutschlands, schrieb in einer Reihe von gegnerischen Artikeln, daß die Zeit für den Philosophen stets absolut bleiben werde, auch wenn sich die Physiker auf die sonderbare Idee einer relativen Zeit einigen würden.

Als man 1905 die Arbeit Einsteins in Zürich und Berlin las, wirkte sie sofort stark auf jene ein, die an der Spitze der Republik der Wissenschaften standen. Zwar wurde die ungewöhnlich große Tragweite des Gedankens der relativen Zeit nur von ganz wenigen erfaßt, doch alle fühlten, daß hier ein Meister gearbeitet hatte. Einstein begann eine Stufenleiter akademischer Würden emporzuklettern, vom Privatdozenten in Bern bis zum Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Berlin, wo er heute noch wirkt. Seine Lehre aber, zuerst langsam und wesentlich nur von dem früh verstorbenen polnisch-jüdischen Mathematiker Minkowski gefördert, nahm in den Jahren nach dem Kriege einen Weltsinn an, Amerika und England kamen zur Anerkennung der neuen Lehre. Denn man muß hier von einer „neuen Lehre" sprechen, weil die grundlegenden Vorstellungen von der bisherigen Physik gänzlich abwichen. Die zahlreichen physikalischen Folgerungen, die astronomischen Voraussagen (wie Ablenkung des Lichtes durch große Massen) ergaben ein reiches Diskussionsgebiet. Heute ist die Relativitätstheorie nicht mehr umstritten, sondern anerkannt. Nur wie gesagt, einige am Alten hängende Philosophen weigern sich, ihre absolute Zeit aufzugeben. Minkowskis kühner Gedanke, Raum und Zeit zu einer einheitlichen Welt zusammenzuschließen, ist von größter Bedeutung für unser heutiges Weltbild. Denn in dieser Raumzeitwelt ist tatsächlich, wie es Kant geahnt hat, die Zeit oder Veränderung verblaßt und alles Werden und Vergehen auseinandergefaltet zu einem grenzenlosen Sein. Gleich der Quantenlehre Plancks — alles Werden geschieht ruckweise — ist die Relativitätstheorie Einsteins ein großartiges weltumfassendes Gedankengebäude, von einem zwar proklamiert, aber ganz aus dem Geist des Jahrhunderts heraus geboren.

Naturforscher zu Wasser und zu Lande

Ein kleiner Dampfer, dessen Besatzung durch eine Schar Studenten beiderlei Geschlechts unter Leitung ihres Professors vervollständigt wird. Auf Deck Tische mit allerlei wissenschaftlichem Rüstzeug: Mikroskope, Lupen, Planktonnetze, Flaschen mit Reagenzien und weitmündige Gläser zur Aufnahme der Beute. Eine Reihe zusammenhängender Gewässer soll auf ihre Tier- und Pflanzenwelt untersucht werden, besonders auch auf die frei in ihnen schwimmenden und schwebenden pflanzlichen und tierischen Lebewesen, die man seit Haeckel das Plankton (das Schwebende) nennt. Die Planktonnetze sind Trichter aus feinster Gaze, am dünnen Ende mit einer Sammelvorrichtung in Form einer kurzen Glasröhre versehen. Während das Netz immer wieder durch das Wasser gezogen wird und dieses durch die feinen Maschen abströmt, sammelt sich die eingefangene Lebewelt in der Glasröhre, und aus dieser wird sie von Zeit zu Zeit in die Aufnahmegefäße entleert. Wegen seiner Durchsichtigkeit, teils auch wegen der Winzigkeit seiner Bestandteile erscheint das Plankton dem bloßen Auge nur wie getrübtes Wasser. Aber ein Tropfen davon unter dem Mikroskop enthüllt Algen, darunter besonders Diatomeen, ferner Räderlierchen und anderes Kleinvolk in buntem Gemisch, einen Mikrokosmos in teils reizvollen teils bizarren Formen, eine Kleinwelt, die den, der sie zum ersten Male erblickt, zugleich verwirrt, erhebt und fesselt, so daß er nur ungern seinen Platz dem nächsten Beschauer räumt. Mag der Gegenpol dieser Welt, der Makrokosmos des gestirnten Himmels, auch ungleich großartiger wirken, eine gewisse Einförmigkeit und die Alltäglichkeit des Anblicks nimmt ihm etwas von dem Zauber, den ein Blick in die Kleintierwelt immer von neuem auslöst. Im großen wie im kleinen verrichten Astronom wie Biologe dieselbe Arbeit: die Welt ist unendlich in Form und Leben, und die Kärrner haben zu tun!

Das Schiff wird gestoppt, um durch Versenken einer weißen Scheibe festzustellen, bei welcher Tiefe sie unsichtbar wird. Ueber der weißen Scheibe gibt sich auch die Farbe des Wassers zu erkennen. Durch Behandlung mit einer Reagenzflüssigkeit wird ermittelt, ob das Wasser sauer oder alkalisch reagiert und in welchem Grade. Es gibt allerhand zu tun und zu notieren.

Auf dem See überall der Haubentaucher mit seinem phantastisch geschmückten Kopf. Immer wieder verschwindet er, um bald darauf an einer anderen Stelle wieder aufzutauchen. Ein Milan kreist über uns. Ein Reiher fliegt über den See. Am Ufer ein anderer, den Möwen und Kiebitze verfolgen, weil sie den Konkurrenten hassen; anhaben können sie dem Langschnabel nichts. Wir sind am Rande eines großen Moores und legen bei, um einen Abstecher zu Lande zu machen. Mit einem Armvoll Pflanzen kehren wir zum Schiff zurück. Andere haben inzwischen mit Hilfe des mitgeführten Bootes eine Extratour in die flache Uferzone unternommen und kehren zurück, beladen mit Kalmus, Seerosen, Wasserschierling usw. Dann wird das gesammelte Gemüse vom Professor demonstriert. Wieder einmal zeigt sich das lebendige Wort und das lebende Anschauungsmaterial dem gedruckten Wort unendlich überlegen. Man weiß: was hier vorgezeigt und erläutert wird, vergißt man nicht wieder. Die riesigen Rhizome (unter Wasser im Schlamm kriechende Wurzelstöcke) der Seerose, die gekammerten Wurzeln des gefährlichen, von der Polizei vergeblich „verbotenen" Wasserschierlings, die aromatische Sprosse des Kalmus, sie alle ergeben Anknüpfungspunkte für den Vortrag des Exkursionsleiters. So populär übrigens der Kalmus ist, so ist doch wenig bekannt, daß er ein Fremdling in unserer Flora ist. Erst im Jahre 1557 wurde er aus Konstantinopel nach Wien und später nach Prag eingeführt, und aus unserer Mark wird er 1663 zum ersten Male erwähnt. Daß er ein Kind wärmerer Landstriche ist, erkennen wir auch daran, daß seine Früchte bei uns nicht reifen.

Solche Exkursionen sind, unter dem rechten Leiter, nichts weniger als trockene Angelegenheiten. Man hat zwar auch einen Haufen lateinischer Namen dabei auswendig zu lernen, aber es fehlt nicht an Intervallen, in denen Gesang und Humor zu ihrem Rechte kommen. Und wenn es zum Schlusse geht, gewinnen sie vollends die Oberhand!

L. Loske.

„Gebackenes Eis" chinesische Lieblingsspeise

„Gebackenes Eis?" erscheint als ein innerer Widerspruch, und trotzdem gibt es diese Eisspeise, die das Unmögliche möglich macht und gilt in China als einzig besondere Erfrischung während der heißen Sommermonate. Allgemein wird man annehmen, daß das Speiseeis in demselben Augenblick, in dem es auf die heiße Pfanne gebracht wird, zerschmilzt, und daß an Stelle der kühlen Erfrischung eine warme Suppe mit irgendeinem Fruchtgeschmack übrigbleiben muß. Wenn man das Eis in dieser Weise behandelte, dann würde es sich selbstverständlich den Naturgesetzen fügen und tatsächlich in der heißen Pfanne schmelzen. Es gibt aber einen Trick, durch den man es möglich machen kann, daß das „Eiskotelett" genau wie ein Fleischplätzchen oder ein Kotelettstück gebraten oder gebacken werden kann. Man nimmt zu diesem Zweck nämlich ein schön geformtes Stück Fruchteis, bestreut es ziemlich dick mit feinem Mehl oder mit feingestoßener Semmel und bringt es dann für kurze Zeit in die gut erhitzte Bratpfanne, in der das Fett bereits völlig zerlaufen ist und schon brodelt. Man läßt nun das Stück Eis einige Augenblicke lang im kochenden Fett braten, wendet es dann auf die andere Seite und nach wenigen Sekunden ist die gebackene Eisspeise fertig, die durch den Gegensatz von heiß und kalt einen ganz eigenartigen Reiz bietet. Es gibt in China Köche, die eine ungewöhnliche Gewandtheit in der Herstellung von gebackenem Eis besitzen, so daß ihnen niemals die Zubereitung dieser Speise mißlingt. Allerdings muß diese eigenartige Eisspeise sehr schnell nach der Zubereitung gegessen werden, da sie sich sonst trotz aller gegenteiligen Bemühungen den Naturgesetzen fügt und zu einer wahren Soße wird.

Funkwinkel.

Sonnenwendfeier des Berliner Arbeiter-Kulturkartells. Es ist ein Hymnus auf die Natur, ein Bekenntnis zum natürlichen Leben und eine Kritik an der augenblicklichen Gesellschaftsordnung. Tony Senders starke Rede wird eingerahmt von Vorträgen des „Jungen Chors" und des Sprechchors für proletarische Feierstunden. Albert Florath spricht proletarische Dichtungen mit wuchtigen Akzenten. Auf die Veranstaltung wird noch näher eingegangen werden. Leipzig sendet die Szene „Sachsens Schusterstube" aus Wagners „Meistersingern" unter Alfred Szendreis Leitung. Die Aufführung steht auf gutem Niveau, ohne daß eine Leistung besonders überragt. Edle Sprechkultur und plastische Gestaltungskraft verbindet Carl Ebert mit männlicher Beherztheit und ausgeprägtem rhythmischen Empfinden in Hölderlins herrlicher Dichtung „Hyperions Schicksalslied". Hans Kysers Hörspiel „Der Sturz der Verdammten", eine dramatische Komposition aus der französischen Revolutionszeit, der Untergang der Jakobiner, wird zum Gegenstand der Darstellung gemacht. Es ist der Versuch, einen der bedeutendsten Augenblicke der Geschichte künstlerisch zu formen mit Ausblicken auf die Gegenwart, der Aufriß einer wildzerrissenen Zeit, eine Diskussion um politische Fragen. Die Dichtung baut sich aus historischen Dokumenten auf. Der Stoff ist an sich bereits mitreißend und am stärksten bleiben die Szenen, die diese historischen Dokumente verarbeiten. Es gelingt hier tatsächlich, durch rein akustische Mittel stärkste dramatische Wirkungen zu erzielen. Der Regisseur Max Bing ballt die Stimmen zusammen und läßt die Handlung in gespreiztem Tempo ablaufen.

F. Sch.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Bildungsausschuß und Werbebezirksobleute: Morgen gemeinsame Sitzung um 19½ Uhr im Vortragssaal des Parteivorstandes, Lindenstr. 3, II. Hof, 3 Treppen links.

Sonnenwende am Sonnabend, dem 28. Juni, in den Gosener Bergen. Beginn 23 Uhr. Die Gruppen sind bis 22 Uhr am Festplatz. Zelte mitbringen. Unkostenbeitrag 20 Pf. Musik, Sprechchor, Sonnenwendfeuer. Festrede: Genosse Franz Künstler, M. d. R. Gruppentreffpunkte sofort dem Sekretariat einreichen.

Heute, Mittwoch, 25. Juni, 19½ Uhr:

Arkonaplatz: Schule Elisabethkirchstr. 10. „Arbeiterjugend und Nacktkultur." — **Gesundbrunnen II:** Heim Christianiastr. 58. „Aufgaben der Gewerkschaften." — **Norden:** Heim Lorzing-, Ecke Graunstraße. „Nationalsozialismus", I. Teil. — **Wedding:** Heim See-, Ecke Turiner Straße. „Weltrebellion." — **Hohenschönhausen:** Schule Dingelstädter Str. 30. „Sexuelle Fragen." — **Luisenstadt:** Heim Wassertorstr. 9. Heimabend. — **Lindenhof:** Restaurant „Lindenhof" (Klubraum). Humoristischer Abend. — **Charlottenburg** (Aeltere): Heim Olbersstraße. Tagespolitik. — **Lankwitz:** Gemeindeschule Schulstraße. „Sowjetrußland", II. T. — **Tempelhof:** Heim Germaniastr. 4—6. „Sowjetrußland." — **Neukölln XI:** Heim Flughafenstr. 68. Funktionärsitzung. — **Friedrichshagen:** Heim Friedrichstr. 87. „Freikörperkultur." — **Friedrichsfelde:** Heim Gunterstr. 44. „Das Kommunistische Manifest." — **Karlshorst:** Heim Treskowallee. „Arbeiterjugend und Gewerkschaften." — **Lichtenberg-Mitte:** Heim Scharnweberstr. 29. „Filmkritik." — **Neu-Lichtenberg:** Heim Hauffstraße. „Sozialversicherungen." — **Lichtenberg-Nord:** Heim Gunterstr. 44. „Sozialistische Moral." — **Lichtenberg-Nordwest:** Heim Rathausstraße, Baracken. Mitgliederversammlung.

Werbebezirk Tiergarten: Sprechchorprobe 19½ Uhr Schule Waldenserstr. 20.

Werbebezirk Prenzlauer Berg (Tambourkapelle): Ueben für alle Pfeifer (insbesondere neue). Treffpunkt 2 Uhr vor der Schule Wehlauer Str. 8. Turnschuhe mitbringen. Treffpunkt zur Sprechchorprobe 19¼ Uhr vor dem Bezirksamt. Erscheinen ist Pflicht.

Werbebezirk Osten: Sonnenwende vom Sportkartell um 18 Uhr im Friedrichshain.

Werbebezirk Neukölln: Ueben zum Waldfest. Sprechchor, Sport und Spiel ab 18 Uhr auf dem Sportplatz, Sonnenallee.

SSG. Neukölln: Heim Bergstr. 29, 20 Uhr. „Die Frau in der Gesellschaft." Referent: Genosse Dr. Kurt Löwenstein. Anschließend Ferienfahrtbesprechung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Mittwoch, 25. Juni. Wedding. Sportgruppe. Turner und Sportler um 20 Uhr Sitzung bei Hellmann, Nazarethkirchstr. 41. Erscheinen Pflicht. **Friedrichshain** (Ortsverein). Das angesetzte Antreten fällt aus. **Charlottenburg.** Marschkameradschaft. 20 Uhr Turnhalle Schillerstr. 26. — **Neukölln-Britz.** 1. Kameradschaft. Donnerstag, 26. Juni, 19½ Uhr, Platzkonzert des Musikkorps auf dem Wildenbruchplatz. Erscheinen aller Kameraden Pflicht. Rege Beteiligung anderer Kameradschaften erwünscht. — **Prenzlauer Berg.** Altmarkfahrer. Abfahrt am Sonnabend, dem 28. Juni, 5½ Uhr. Treffen 5 Uhr **Haupteingang Lehrter Bahnhof.** Dort Empfang der Fahrkarten. Teilnehmer können sich noch bis Donnerstagmittag bei Kamerad Hübner, Werneuchener Straße 2, melden.

Trinkt Fachinger. Wer von schmerzhaften Gichtanfällen verschont bleiben will, nimmt am besten beizeiten zu einer Trinkkur mit „Staatl. Fachingen" Zuflucht.

Ränder auf Marmorplatten verschwinden schnell. Wie hartnäckig oft Ränder von Arzneiflaschen auf den Nachttisch- oder Waschtischplatten sein können, hat wohl jede Hausfrau schon erfahren. Viel Zeit und Geduld ist erforderlich, um den häßlichen Flecken zu Leibe zu gehen. Sogar die an und für sich harmlosen Wassertropfen verursachen Arbeit, sobald sie auf der Marmorplatte angetrocknet sind. Befeuchtet man diese Stellen mit einem Lappen, den man in heißes „iMi"-Wasser getaucht hat, so verschwinden sie schnell, ohne daß viel Reiben und mühsames Bearbeiten nötig ist. Aller Schmutz wird entfernt, und obendrein erhält der Marmor einen schönen Glanz. Das vielseitige Aufwasch-, Spül- und Reinigungsmittel „iMi" greift weder das Material noch die Hände an; durch seine intensive Reinigungskraft hilft es der Hausfrau Zeit, Kraft und Geld sparen.

Theater, Lichtspiele usw.

Mittwoch, 25. 6.
Staats-Oper Unter d. Linden
Teil-Ab. C. Mi. Nr. 11
Jahres-Ab.-V. Nr. 165
19½ Uhr
Trojaner
Ende g. 22¼ Uhr

Mittwoch, 25. 6.
Städt. Oper Bismarckstr.
Turnus IV
19½ Uhr
Carmen
Ende n. 22¾ Uhr

Staats-Oper Am Platz der Republik
Vorst. 110
20 Uhr
Die **Fledermaus**
Ende geg. 23 Uhr

Staatl. Schausph. am Gendarmenmarkt
Jahres-Ab.-V. Nr. 150
20 Uhr
Gustav Adolf
Ende n. 22½ Uhr

Staatl. Schiller-Theater, Charltbg.
20 Uhr
Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung
Ende 22½ Uhr

Winter Garten
8.15 Uhr Zentr. 2810 Rauchen erlaubt
Wieder allein, 1. in Berlin noch nicht gezeigte Neuheiten und weitere 4 Attraktionen

Theater i. d. Behrenstr. 53-54
8½ U. A 4 Zentrum 926-927 8½ U.
Direktion Ralph Arthur Roberts
Mein Vetter Eduard
Schwank in 3 Akten von Fred Robs

ROSE -Theater
Große Frankfurter Str. 132
Billettkasse: Alex. 3422 u. 3494
Täglich 8.15 Uhr
„Arm wie eine Kirchenmaus"
mit Traute, Paul u. Willi Rose.
Auf der Gartenbühne täglich das Riesenprogramm: 8¼ (Sonntags 5 Uhr)
9 Varieténummern
und 8¼ Uhr:
„Lene, Lotte, Liese"
mit Dittera, Hefer, Kerstens, Pyrmont, Kanisch u. Hans Rose.
Voranzeige:
Rosenfest im Rose-Garten
6.—9. Juli. Vorverkauf ab morgen früh um 11 Uhr. Im Innentheater ab 30. Juni **„Die andere Seite"** mit Robert Müller, Paul und Willi Rose.

Volksbühne Theater am Bülowplatz.
8¼ Uhr
Julius Caesar
Regie: Karl Heinz Martin

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Scherz, Satire, Ironie u. tiefere Bedeutung

Staatsoper Am Pl. d. Republik
8 Uhr
Die Fledermaus

Deutsches Theater B 2 Weidendamm 5281
8 Uhr
Phaea
von Fritz v. Unruh.
Reg.: Max Reinhardt
Musik: Friedrich Hollaender. Bühnenbilder Ernst Schütte.

Die Komödie J 1 Bismck. 2414/7516
8¼ Uhr
Wie werde ich reich und glücklich?
Ein Kursus in 11 Abteilungen von Felix Joachimson. Musik von Mischa Spoliansky. Regie: Erich Engel. Bühnenbilder: Ludwig Kainer

Kammerspiele B 2 Weidendamm 5281
Täglich 9 Uhr
Gastspiel der Spielgemeinschaft Berliner Schauspieler
Krach um Leutnant Blumenthal
von Alfred Herzog.
Sommerpreise.

Barnowsky-Bühnen Theater in der Stresemannstr.
8¼ Uhr
Napoleon greift ein
von Walter Hasenclever
Regie: Victor Barnowsky

Komödienhaus
8¼ Uhr
Meine Schwester und ich
Musik v. Ralph Benatzky

Berliner Prater Sommergartentheater
Kastanienallee 7—9
Täglich Anfang 4 Uhr der große Varieté-Teil.
Eine entzückende Burleske 8.15 U.
Guste Beer, Gretl Lillen, Alex Haber, V. von Kobylanska in die
Rose von Stambul
Operette in 3 Akten von Leo Fall
Großes Kaffeekochen
Eintrittspreis von 50 Pf. an.

Dir. Dr. Martin Zickel
Komische Oper
Friedrichstr. 104. Norden 1401/4330.
Täglich 8¼ Uhr
Liebe und Trompetenblasen
Schulz / Westermeier / Pinkler / Jahrbuch / Hald / Behrisch

Theat. a. Kottb. Tor Kottbuser Str. 6
Gr. Revue
„Heldenbusen"
mit
Herta Loewe
der drollsten Nachtigall

PLAZA
Tägl. 5 u. 8¼
Sonnt. 2, 5 u. 8¼
Alex. E 4, 8666
Internationale Attraktionen

Reichshallen-Theater
8 Uhr
Das wundervolle Juni-Programm der
Stettiner Sänger
Tel.: Zentrum 112 63
Dönhoff-Brettl (Saal und Garten)
Varieté — Konzert — Tanz

Direktion Dr. Robert Klein
Deutsches Künstler-Theat.
Barbarossa 3937
Täglich 9 Uhr
„Ich tanze um die Welt mit dir"
von Marcellus Schiffer
Musik: Friedrich Hollaender
Regie: Hans Brahm

Theater d. Westens
Täglich 8½ Uhr:
Der **Bettelstudent**

Metropol-Th.
Täglich 8¼ Uhr
Mit Dir allein auf einer einsamen Insel
Michael Bohnen

Haus Vaterland Das Vergnügungs-Restaurant für Jedermann
Betrieb Kempinski

Spritzpumpen von Selbstschutzträgern. Führungsger. Schläuche mit **Krüger & Lathan** Pumpenfabrik Berlin, Friedrichstr. 107

Besucht das schöne Hamburg während der Sommersportwochen

Die Bedeutung Hamburgs ist nicht allein auf seine wirtschaftliche Funktion als ausschlaggebendes Handelszentrum und größte Hafenstadt Deutschlands zurückzuführen. Auch gesellschaftliche Ereignisse und sportliche Veranstaltungen drücken dem Antlitz der Stadt besonders in den Sommermonaten den Stempel ihres Gepräges auf. In diesen Tagen befinden wir uns im Zeichen der **Reichs-Arbeiter-Sport-Woche.** Am **12. und 13. Juli** finden **internationale Ruderregatten** auf der **Alster** statt, während in der näheren Umgebung von Hamburg vom **20. bis 26. Juni** die **Kieler Woche** und vom **28. Juni bis 3. Juli** die **Travemünder Woche** ihre Anziehungskräfte ausüben. Die **Nordwestdeutsche Vereinigung für Tuberkulose** hält am **6., 7., 8. August** (vor dem Internationalen Tuberkulose-Kongreß in Oslo) ihre Tagung ab. Besonderem Interesse wird die **sozialistische Kulturwoche** begegnen, die zwischen dem **7. und 14. September** in Hamburg stattfindet. Veranstaltungen der verschiedensten Art sind also dem Besucher Hamburgs geboten. Die Arbeitnehmer, die Hamburg besuchen, haben Gelegenheit, die Hamburger gewerkschaftliche, politische und genossenschaftliche Bewegung daneben kennenzulernen, wie zum Beispiel die Einrichtungen des Konsumvereins Produktion, der Groß-Einkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine, der Verlagsgesellschaft, das Gewerkschaftshaus und die Heimstätte des ADGB. und Einblick zu tun in das Wirken des modernen gewerkschaftlichen Wohnungsbaues.

Darum auf nach Hamburg zur Arbeit, Erholung und zum Sport im Sommer!

Jede weitere Auskunft, Zusammenstellung von Aufenthaltsprogrammen, Führungen durch Stadt und Hafen, Unterbringung in Hotels durch: **Fremdenverkehrsverein Hamburg, Alsterdamm 41,** Telephon: C. 2, Bismarck 4447 oder **Gemeinnütziger Verkehrsverein Groß-Hamburg, Nagelsweg 14,** Telephon: H. 6, Vulkan 1260.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Freitag, den 27. Juni, nachm. 5 Uhr, im Lokal Augustin, Köpenick, Rosenstr. 10

Versammlung aller in den Bootsbauereien von Köpenick und Friedrichshagen beschäftigten Kollegen

Tagesordnung:
1. Die Arbeits- und Lohnverhältnisse in den Bootsbauereien.
2. Freie Aussprache.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ersuchen wir um vollzähliges Erscheinen aller Kollegen.

Achtung! Arbeitslose und Kranke!

Am Dienstag, dem 1. Juli und Mittwoch, dem 2. Juli 1930, bleibt die Erwerbslosenabteilung wegen Quartalsabrechnung geschlossen.

Alle Mitgliedsbücher der arbeitslosen und kranken Kollegen müssen deshalb bis **Montag, dem 30. Juni 1930,** an den betreffenden Schaltern abgegeben sein.

Die Ortsverwaltung.

Inserate im Vorwärts bringen Erfolg!

2-3000 M. Hypothek für parzellgn. Bauer, dem eine Hypothek durch Betreiben d. Landbundes gekündigt worden ist, gesucht. Wirtschaft mit 5 Gebäuden, 28 Morg. Land u. Geflügelfarm. Außerdem 3-Familienhaus. Betrieb ist mit allen neuzeitl. Maschinen ausgestattet u. steht unter ständiger Beratung der Landwirtschaftskammer. Umgehende Angebote sind zu richten an **Gustav Tempel, Glasmacher, Drebkau N.-L., Spremberger Str.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeigen

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Gürtler

Paul Burghardt

geb. 27. Mai 1877, am 21. Juni gestorben ist.

Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 25. Juni, 19½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Am 22. Juni starb unsere Kollegin, die Arbeiterin

Frieda Höhne

geb. 28. Juli 1893.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 26. Juni, 15 Uhr, auf dem Emmanuel-Friedhof in Neukölln statt.

Am 22. Juni starb unser Kollege, der Schlosser

Karl Faber

geb. 24. Dezember 1878.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 26. Juni, 16½ Uhr, auf dem Städtischen Friedhof in Schöneberg statt.

Am 22. Juni starb unser Kollege, der Schlosser

Otto Colberg

geb. 14. September 1879.

Die Einäscherung findet Sonnabend, den 28. Juni, 16 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Unsere langjährige Kollegin

Martha Schneyder

ist nach schwerem Leiden am 22 Juni verstorben.

Ehre ihrem Andenken.

Das Personal der Vorwärts-Filiale, Neukölln, Siegfriedstraße 28/29.

Die Einäscherung findet am 26. Juni 19½ Uhr im Krematorium Baumschulenweg statt.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, sage ich meinen innigsten Dank.

Im Namen der Hinterbliebenen

August Sägling.

Berlin, im Juni 1930.

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme anläßlich des Hinscheidens meines lieben Mannes sage ich allen lieben Freunden, Bekannten, Genossen und Genossinnen der 24. Abt. und dem Reichsbanner meinen aufrichtigsten Dank.

Ww. Minna Neumann.

Verkäufe

Teppichhaus Emil Lefevre, Berlin, seit 1882 nur Oranienstraße 158. Zahlungserleichterung ohne Aufschlag. Neuer Katalog kostenlos!

Pianium. Grübel, Kolonieltraße 9.

Möbel

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarder Straße achtzehn. Kein Laden.

Möbelkäufer wertet Kredit und bar Möbelbasar. große Auswahl. kleine Preise! Beispielsweise: Schlafzimmer 435,—, Speisezimmer 817,—, Herrenzimmer 380,—, Spiegelschränke 118,—, Dielengarnitur 85,—, Kücheneinrichtung 98,—, Messingbettstelle 50,—, Kleiderschränke 48,—, Chaiselongues 28,—, Metallbettstelle 18,—, Auflegematratze 12,—. Sonstige Möbel angemessene Preise. Teilzahlung aufschlagfrei. Wochenraten, Monatsraten, Kassarabatt bis zehn Prozent, auch auf Anzahlungen. Kleine auch ohne Anzahlungen. Kredite bis zwei Jahre. Wahl frei. Katalog franko. Hauptgeschäft: Stralau, Schlesische Straße 107; 2. Geschäft: Neukölln, Hermannplatz 7; 3. Geschäft: Belle-Alliance-Straße 95.—, Untergrundbahn; 4. Geschäft: Schöneberg, Hauptstraße 140, gegenüber Hauptpost; 5. Geschäft: Kottbuser Straße 28, gegenüber Kottbusser Tor.

Ohne Anzahlung bis 24 Monatsraten. Schlafzimmer, Küchen, Kleiderschränke, Metallbettstellen, Chaiselongues, Sofas, Federbetten. Antel, Große Frankfurter Straße 34 (Strausberger Platz).

Möbel-Sawaslins, Kastanienallee 56. Herrenzimmer, Speisezimmer, Küchen, Klubsessel. Riesenauswahl, Spottpreise. Zahlungserleichterung.

Musikinstrumente

Stutzpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 63.

Pianos, neu und gebraucht, mit herrlichem Tonfülle. Kleine Raten, sehr preiswert. Langjährige Garantie. Heier, Stresemannstraße 14 und Brunnenstraße 191.

Bandoneons, Lange, billig, weltberühmt. Fabriklager, Fabrikpreise. Teilzahlungen, kleine Anzahlung. Musikweigel, Chausseestraße 91.

Radio

Anoden, Kennzahlen 4.40, Hunderter 4.50, Sparröhren 2.30, Apparate Teilzahlung. Schönleinstraße 2, Filiale Dresdener Straße 118.

Fahrräder

Laternen 1.50, Fahrradbecken 2.50, Schläuche 1.30, Pedalen 1.80, Vorderräder 3.50. Schönleinstraße 2, Filiale Dresdener Straße 118.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Stanniol, Blei, Quecksilber, Silberschmelze, Goldschmelzerei Christionat, Köpenicker Straße 20 (Haltestelle Chausseestraße).

Unterricht

Schnellfördernde Privatzirkel, Kurzschrift, Maschinenschreiben, Buchhaltung, Bücherrevisor Kulisch, Gendelstraße 1, Spittelmarkt.

Wäschereien

Köpenicker Dampfwäscherei „Charlotte", Grünauer Straße 32, Telephon 687, wäscht ohne Anwendung scharfer Mittel, trocknet im Freien. Billigste Preisberechnung. Abholung täglich.

Vermietungen

Wohnungen

2½-Zimmerwohnung (Neubau) mit Bad und Zubehör, Miete Reichsmark 85,— und Reichsmark 300,— Genossenschaftsanteil, auch für Ledige, sofort beziehbar. Witzel, Telephon A 7 Dönhoff 508.

Zimmer

Möbliertes Zimmer mit eigenem Eingang zu billigem Preis zu vermieten. Chausseestraße 38, v. 4 Tr. Auskunft bei Frau Sehr, täglich von 6—1 und 5—6 Uhr abends.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Weshalb stellungslos? Tüchtige Kraftfahrer werden immer und überall gebraucht! Versuchen Sie es, Sie können nur vorwärtskommen. Wir bilden Sie in kurzer Zeit zum Berufsfahrer aus. Fordern Sie Angebote. Ganz bequeme Ratenzahlungen. Besichtigen Sie unverbindlich meine Fahrschule und überzeugen Sie sich, was wir Ihnen für Ihr Geld bieten. Autofahrschule Burggaller, Bismarckstr. 64, Steinplatz 0641.